

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

# DSW JOURNAL



## **CLEMENS HOCH**

Der Minister für Wissenschaft und Gesundheit in Rheinland-Pfalz will den Campus digitalisieren

## **HEIKE SCHMOLL**

Die FAZ-Redakteurin sieht in der Online-Lehre ein autoritäres Machtgefälle

## **MICHAEL HOCH**

Der Rektor der Exzellenz-Universität Bonn ist ein exzellenter Teamplayer

# UMKÄMPFT, KAHLGESCHLAGEN, BEWÄHRT: 50 JAHRE BAFÖG

Ein politisches Lehrstück über Eliten, Chancengleichheit  
und Bildungsaufstieg in Deutschland



# JETZT DIE ZUKUNFT SICHERN UND VON KARTE AUF HANDY WECHSELN

Kontaktlos, einfach und sicher. Das Handy ist immer dabei!\*

Ob flexibel Zahlen ...

-  an Automaten und an Kassen
-  an Druckern und Kopierern
-  bei Waschmaschinen

Oder sicher ...

-  Türen öffnen

Transparenz aller Geldvorgänge für den Endanwender  
Inhouse Lösung: keine Transaktionskosten beim Bezahlen  
Unterscheidung von bis zu 99 Verbrauchergruppen\*\*  
Individuelle Zugangsregelung

Hand aufs Herz:  
Wie viele Karten müssen Sie jedes Jahr entsorgen?  
Der Wechsel auf das Handy spart Kosten,  
schont die Umwelt und ist datensicher.

Mehr Informationen unter: [www.schomaecker-gmbh.com](http://www.schomaecker-gmbh.com)



\* Aufladung per Bargeld, PayPal, SEPA, Kreditkarten (Separater Vertrag mit Zahlungsdienstleister notwendig)

\*\* z.B. für Studierende, Schüler, Auszubildende, Gäste und Mitarbeiter

# BAföG – zweimal Hoch

**M**ichael Hoch, Clemens Hoch: Es ist purer Zufall, dass gleich zwei Protagonisten dieser Ausgabe DSW-Journal 2/2021 den gleichen Nachnamen haben: Clemens Hoch, der neue Minister für Wissenschaft und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, und Michael Hoch, der Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Was die beiden miteinander verbindet, ist unser Interesse an ihnen. Im Falle von Michael Hoch wollten wir wissen: Wie schafft er es, gleich zweimal hintereinander zum „Rektor des Jahres“ gewählt zu werden? Was ist das Erfolgsgeheimnis dieses Mannes, der die vorher glücklose Universität Bonn zu gleich sechs Exzellenz-Clustern in der Exzellenzstrategie geführt hat? Prof. Dr. Michael Hoch sei keiner, der ins Scheinwerferlicht drängt oder um seine Person Aufhebens macht, so Jan-Martin Wiarda in seinem Porträt des Bonner Uni-Rektors. Hoch setze sich bei Veranstaltungen gerne mitunter in die letzte Reihe, höre zu\_S. 34

**»Auch eine ‚vollständige‘ Digitalisierung der Hochschulen wird die Nachfrage der Studierenden nach bezahlbaren Wohnheimplätzen nicht verringern«**

An Clemens Hoch (SPD), seit Kurzem rheinland-pfälzischer Minister für Wissenschaft und Gesundheit, interessiert uns, welche Schwerpunkte er in der Wissenschafts-, Hochschul- und Forschungspolitik setzen will. Und was er für die Studierenden und Studierendenwerke erreichen will. Auf jeden Fall will er seine Hochschulen auch unabhängig vom weiteren Pandemiegesehen „vollständig digitalisieren“\_S. 44 Ein ambitioniertes Vorhaben! Ob dadurch allerdings, wie Clemens Hoch im Interview mutmaßt, die Nachfrage der Studierenden nach Wohnheimplätzen tatsächlich geringer wird? Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind die Wohnheime bundesweit gut ausgelastet, und die Nachfrage dürfte weiter steigen, nicht nur, wenn wieder mehr internationale Studienanfänger kommen. Denn Studierende sehnen sich nach drei Digitalsemestern mehr denn je nach Prä-



senz-Angeboten, ebenso wie es Hochschullehrer fordern. Dieses Thema treibt auch die Autorin unseres Gastbeitrags um, die FAZ-Redakteurin Heike Schmoll. Sie hat starke Vorbehalte gegen die Online-Lehre: In Zoom-Sitzungen, schreibt sie, bestimme der Leiter der Sitzung die Richtung des Gesprächs; es entstehe unweigerlich „ein autoritäres Gefälle“, das selbstständig denkenden jungen Menschen nicht angemessen sei\_S. 38

Und wenige Wochen vor der Bundestagswahl wollen wir von den Parteien wissen, wie sie sich zu den politischen Forderungen der Studenten- und Studierendenwerke positionieren. Britta Mersch hat dafür die bisher vorliegenden Parteiprogramme analysiert und bei jenen Parteien nachgefragt, die noch keines vorgelegt haben\_S. 18

Zum 50. Geburtstag würde man normalerweise ein Hoch auf das BAföG aussprechen. Wir haben Karl-Heinz Reith einen Blick auf seine wechselvolle Geschichte werfen lassen, wie in den fünf Jahrzehnten seit 1971 um ein Herzstück unseres Sozialstaats gerungen wurde, wie sich am BAföG ideologische Debatten entzündeten um Chancengleichheit, Bildungsaufstieg, Gerechtigkeit - interessanterweise oft quer zu den heutigen Partei-Linien: Da machte sich die CDU einst für möglichst elternunabhängige Förderung stark, und ein FDP-Bundestagsabgeordneter kritisierte, es sei „gesellschaftspolitisch kein erwünschter Zustand, dass sich die jeweiligen Berufsgruppen auch in ihrer sozialen Schichtung an den Hochschulen mehr oder weniger aus sich selbst rekrutieren“...\_S. 12

Eine anregende Lektüre dieses DSW-Journals wünscht Ihnen  
Ihr

**Achim Meyer auf der Heyde**  
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks  
»achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

## POLITIK



# 50 JAHRE BAFÖG

Eine politische Biografie von **Karl-Heinz Reith** / 12-17

## PRAXIS



### Überbrückungshilfe

Wie sie das Team des Studierendenwerks Hamburg zusammenschweißt / 24-27

## POLITIK

### Zur Wahl: Hochschulsozialpakt?

Analyse der Parteien-Programme zur Bundestagswahl / 18-23



Fotos: Universitätsarchiv Frankfurt | Kay Henschelmann | Illustration: 123RF

## PROFIL

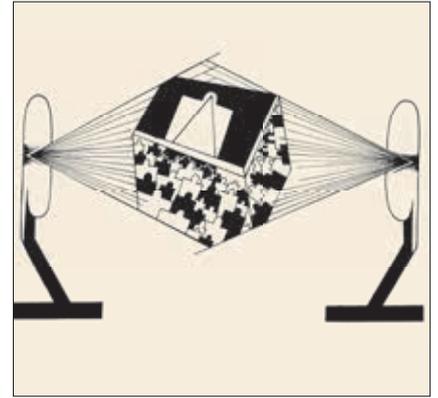


**#MEHRbewEGen!**  
Das Mensa-Mehrweggeschirr des Studentenwerks Osnabrück / 28-33



**Michael Hoch**  
Porträt des Rektors der Exzellenz-Universität Bonn / 34-37

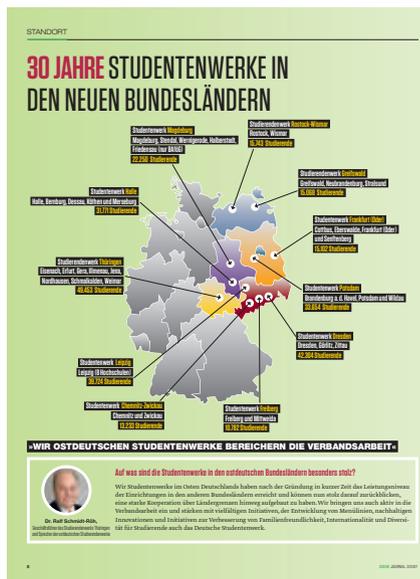
## PERSPEKTIVE



**Heike Schmoll**  
Lehre: Gemeinsames Nachdenken statt „zoom“-Machtgefälle / 38-39

## STANDORT

30 Jahre Studentenwerke in den neuen Bundesländern / 8-9



## 13 FRAGEN AN ...

**Clemens Hoch**, SPD, Minister für Wissenschaft und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz / 44-45



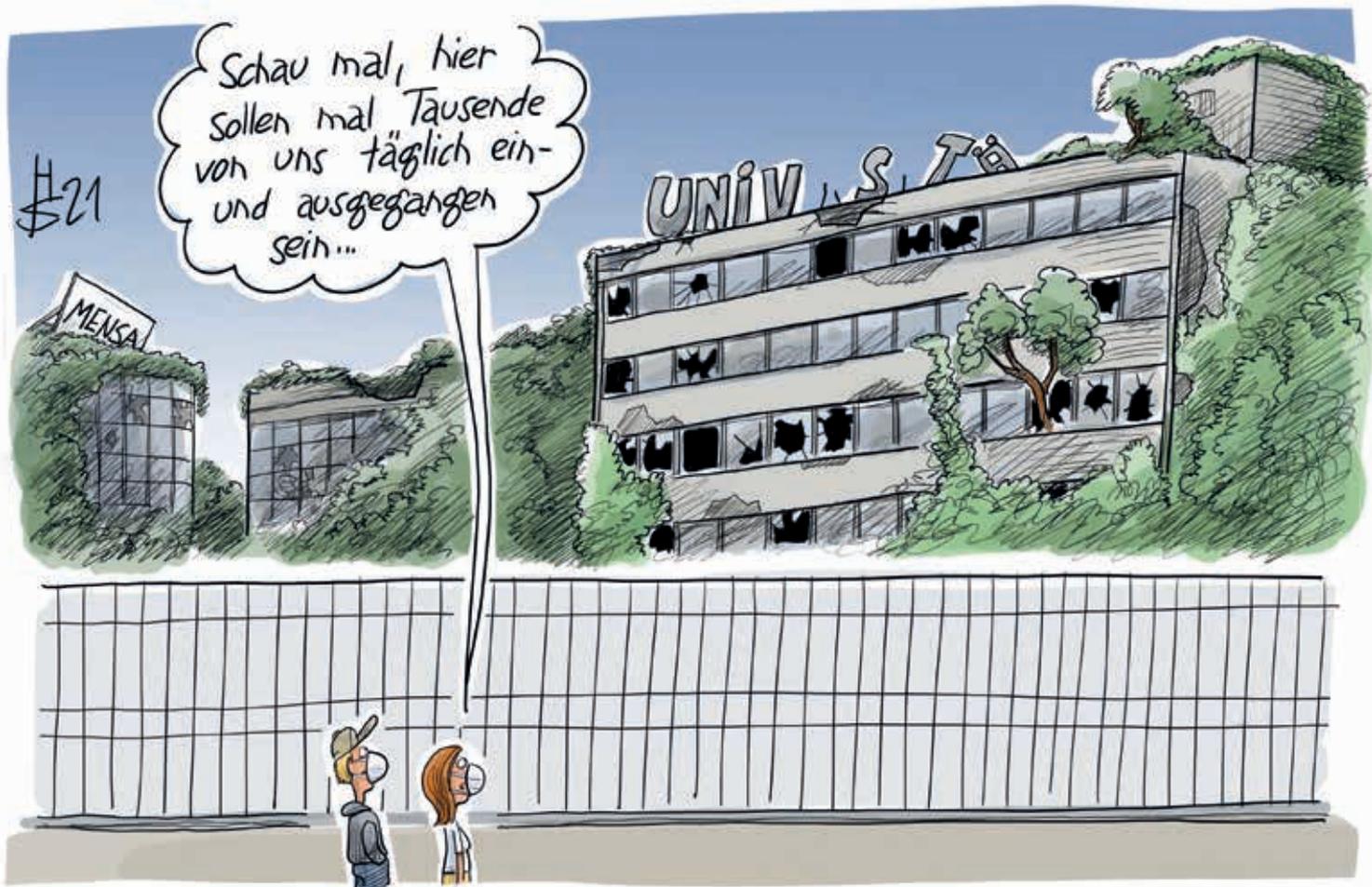
## BIONTECH AUS MAINZ, DAS IST ZIEMLICH COOL

## Nun auch ein Bund-Länder-Aktionsprogramm für Studierende!

DSW-Präsident Rolf-Dieter Postlep fordert staatliche Hilfen, um die Pandemiefolgen für Studierende abzumildern / 46



NACH DER PANDEMIE IM JAHR 2035



HEIKO SAKURAI

KLIMASCHUTZ

## Studierendenwerk Mannheim klimaneutral

**VORREITER** Das Studierendenwerk Mannheim ist das erste klimaneutrale Studierendenwerk Deutschlands. Mit der Methodik des „kennzahlengestützten Klimaschutz®“ konnte es seinen ökologischen Fußabdruck nachhaltig reduzieren – nachgewiesen in der ökologischen Bilanz für das Jahr 2020, die außerdem um Kompensationszertifikate der Vereinten Nationen ergänzt wurde. Mit einem Saldo der treibhausgasäquivalenten Emissionen von null Tonnen im Jahr 2020 erzielte das Studierendenwerk Mannheim auf Unternehmensebene Klimaneutralität – als erstes der 57 Studenten- und Studierendenwerke. Für die Erstellung der ökologischen Bilanz und Verifizierung durch den Verein Deutscher Klimaschutz e. V. wurde es mit dem Bronzesiegel für kennzahlengestützten Klimaschutz ausgezeichnet. *tt/pm.*



» [www.stw-ma.de/studierendenwerk\\_erreicht\\_klimaneutralität.html](http://www.stw-ma.de/studierendenwerk_erreicht_klimaneutralität.html)

PANDEMIE-HILFE

## Referat gegen Einsamkeit



**STUDIENDENRWerk HEIDELBERG** Die beiden Heidelberger Studierenden Carola Kasimir und Raphael Wankelmuth sind das neue „Referat gegen Einsamkeit“ des Studierendenwerks Heidelberg. Die beiden setzen sich gegen die Vereinsamung und soziale Isolation ihrer Mitstudierenden im Digital-Semester ein: digital, wie jüngst im #Realtalk auf Instagram, oder analog, wenn sie sich zu Fuß auf den Weg machen, um zum „Campus-Walk“ einzuladen. Per Telefon oder Mail kann man sich mit den beiden verabreden und zu einem gemeinsamen Spaziergang aufbrechen – mit Abstand natürlich, aber vor allem mit guten Gesprächen. *pm.*

» [www.swr.de/swr1/referat-gegen-einsamkeit-heidelberg-100.html](http://www.swr.de/swr1/referat-gegen-einsamkeit-heidelberg-100.html)

## NACHHALTIGKEIT

## »IT'S GREEN O'CLOCK«



**DAS STUDENTENWERK GIESSEN** setzt klar auf Nachhaltigkeit und führt ein Umweltmanagementsystem ein. Im Fokus stehen der Energie- und Materialverbrauch, die Emissionen sowie das Abfallmanagement. Zur Nachhaltigkeit gehören: der Einsatz von Fairtrade-Kaffee in Bio-Qualität, der Verzicht auf Einwegbecher, Lebensmittel möglichst aus der Region und in Bio-Qualität, Fisch aus MSC-zertifiziertem Fischfang, Studierendenwohnheime mit Fernwärme, Pelletheizungen sowie Blockheizkraftwerk- und Wärmekopplungsanlagen, energiesparende LED-Leuchtmittel sowie 100 % Ökostrom. Jobtickets für die Beschäftigten sollen zudem die CO2-Emissionen verringern. Sowohl die Beschäftigten als auch die Studierenden werden aktiv miteinbezogen. Ziel ist die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001 Umweltmanagement.de. *pm*.

» [www.itsgreenoclock.de](http://www.itsgreenoclock.de)

## BARRIEREFREIE HOCHSCHULE

## Mensa in Gebärdensprache



**ERKLÄRVIDEOS** Die Beauftragten für Studierende mit Behinderungen der Universität Hamburg und der HAW Hamburg sowie das Studierendenwerk Ham-

burg haben gemeinsam ein Video-Glossar mit wichtigen Hochschulbegriffen erarbeitet. Für jeden der Begriffe wurde ein Video in Deutscher Gebärdensprache (DGS) erstellt. Die Auswahl reicht von A wie AstA über B wie BAföG, M wie Mensa, I wie Immatrikulation bis zu W wie Wohnanlage für Studierende. Vor allem Studienanfänger/-innen mit Hörbeeinträchtigung wird so der Einstieg in die zum Teil sperrigen hochschulbezogenen Begrifflichkeiten erleichtert. Finanziert wurde das Projekt von der Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke. *pm*.

» <https://blogs.houou.de/glossards/>

## EINE FRAGE ... Worauf muss sich die Hochschulpolitik in der kommenden Legislaturperiode am vordringlichsten konzentrieren?

Antworten der Bildungsexpert/-innen der Bundestagsfraktionen



**Albert Rupprecht** **MdB**  
CDU/CSU



Die Hochschulen sind das Herzstück des deutschen Wissenschaftssystems. Ihr Wirken versetzt uns in die Lage, gesellschaftliche Herausforderung wie eine Pandemie zu bewältigen. Zukunfts- und Resilienzfähigkeit werden in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen. Wir müssen die Rahmenbedingungen setzen, um Hochschulen dazu zu befähigen. Mit den Wissenschaftspakten und vielen Milliarden haben wir Planungssicherheit bis 2030 geschaffen. Die konsequente Nutzung der digitalen Möglichkeiten für eine hochwertige Lehre wollen wir weiter vorantreiben.

» [www.albert-rupprecht.de](http://www.albert-rupprecht.de)



**Oliver Kaczmarek** **MdB**  
SPD



Die vordringlichste Aufgabe ist es, gute Rahmenbedingungen für Studium und Lehre zu schaffen. Dazu gehört, dass der Bund weiterhin zur Grundfinanzierung der Hochschulen stabil beiträgt. Zudem müssen wir dafür sorgen, dass die Hochschulen technisch auf den Stand für eine moderne, digital unterstützte Lehre gebracht werden. Und vor allem: Die SPD will dafür sorgen, dass wieder deutlich mehr Studierende BAföG bekommen und damit eine echte Unterstützung für ihr Studium!

» [www.oliver-kaczmarek.de](http://www.oliver-kaczmarek.de)



**Dr. Götz Frömming** **MdB**  
AfD



Die Hochschulpolitik muss sich in der kommenden Legislaturperiode vor allem um das Thema Freiheit von Forschung und Lehre kümmern. 70 Jahre nachdem das Grundgesetz verabschiedet wurde, in dem die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre festgeschrieben ist, beunruhigen uns zunehmend Berichte über die Einschränkung dieses elementaren Grundrechts. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit häufig aus dem Bereich der Hochschulen selbst kommen.

» [www.goetz-froemming.de](http://www.goetz-froemming.de)



**Dr. Jens Brandenburg** **MdB**  
FDP



Die nächste Bundesregierung muss eine strukturelle Reform des BAföG zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung ganz oben auf die Agenda setzen. Junge Studierende sind eigenständige Personen und kein Anhängsel einer elterlichen Bedarfsgemeinschaft. Der Zugang zum Studium darf nicht länger von der elterlichen Unterstützungskraft oder -bereitschaft abhängen. Die Zeit drängt. Einen konkreten und gegenfinanzierten Vorschlag haben wir Freie Demokraten vorgelegt.

» [www.jens-brandenburg.de](http://www.jens-brandenburg.de)



**Nicole Gohlke** **MdB**  
Die Linke



Die erste Aufgabe nach der Bundestagswahl lautet: BAföG retten. Denn soziale Sicherheit im Studium basiert auf einer Förderung, die alle Studierenden erreicht, die sie brauchen und die die realen Mietkosten abdeckt. Zweitens gilt es, den Befristungswahn an Hochschulen zu beenden und Arbeitsplatzsicherheit zu schaffen. Und drittens müssen in den kommenden Jahren Studienplätze für 10.000 zusätzliche Lehrkräfte her, damit die Schulen aus der Personalnot und Bildungskrise kommen.

» [www.nicole-gohlke.de](http://www.nicole-gohlke.de)



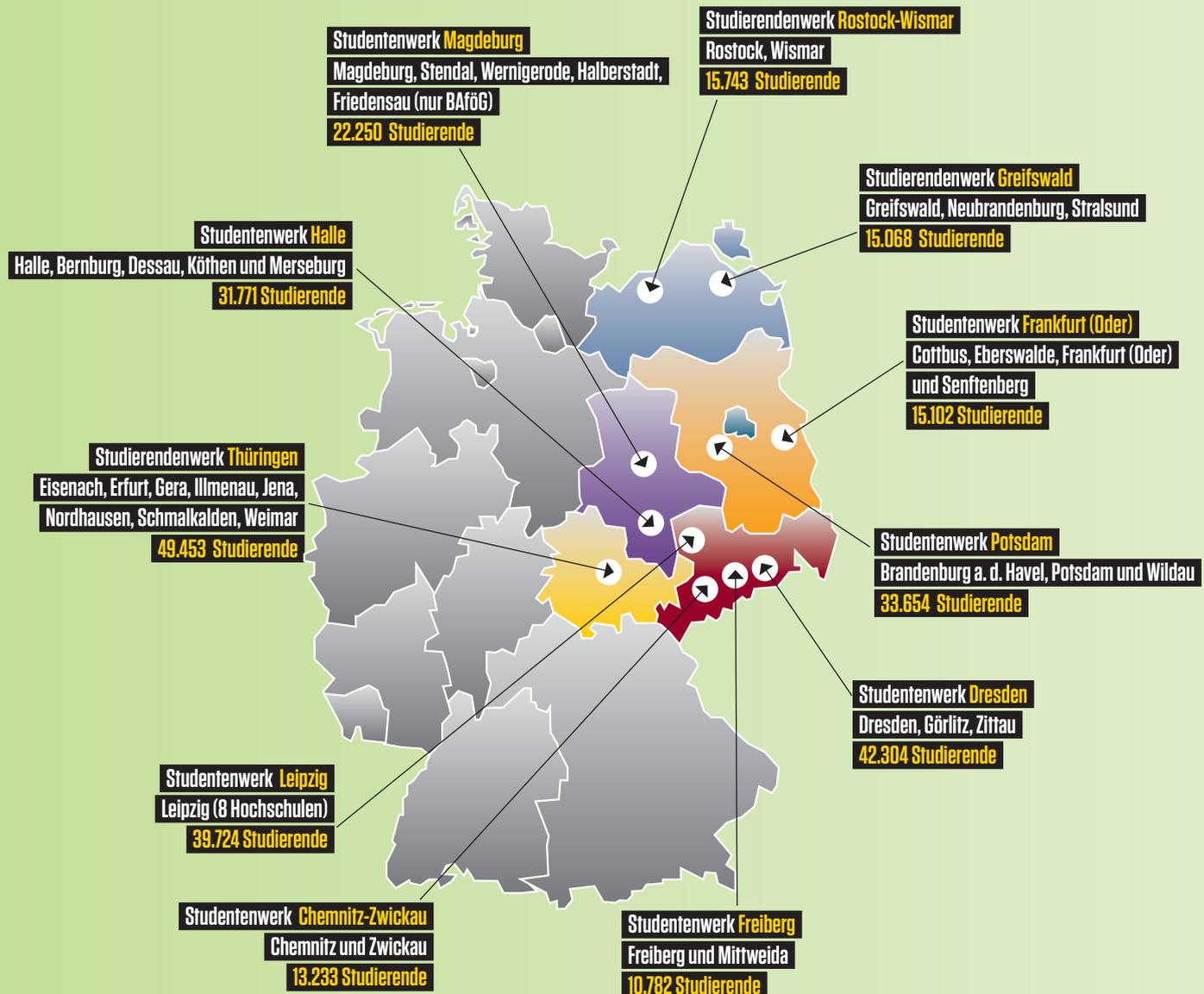
**Kai Gehring** **MdB**  
Bündnis 90/Die Grünen



Vordringlich ist ein Neustart des BAföG. Wir wollen eine Grundsicherung für Studis und Azubis einführen, die sowohl alle Studierenden erreicht als auch einkommensarme besonders gut unterstützt. Hochschulen brauchen zusätzliche Mittel für gute (digitale) Lehre und starke soziale Infrastrukturen. Auch wollen wir Hochschulen per Förderprogramm dabei unterstützen, als Reallabore für nachhaltigen Wandel neue Lösungen für Klima- und ressourcenschonende Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweisen zu entwickeln.

» [www.kai-gehring.de](http://www.kai-gehring.de)

# 30 JAHRE STUDENTENWERKE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN



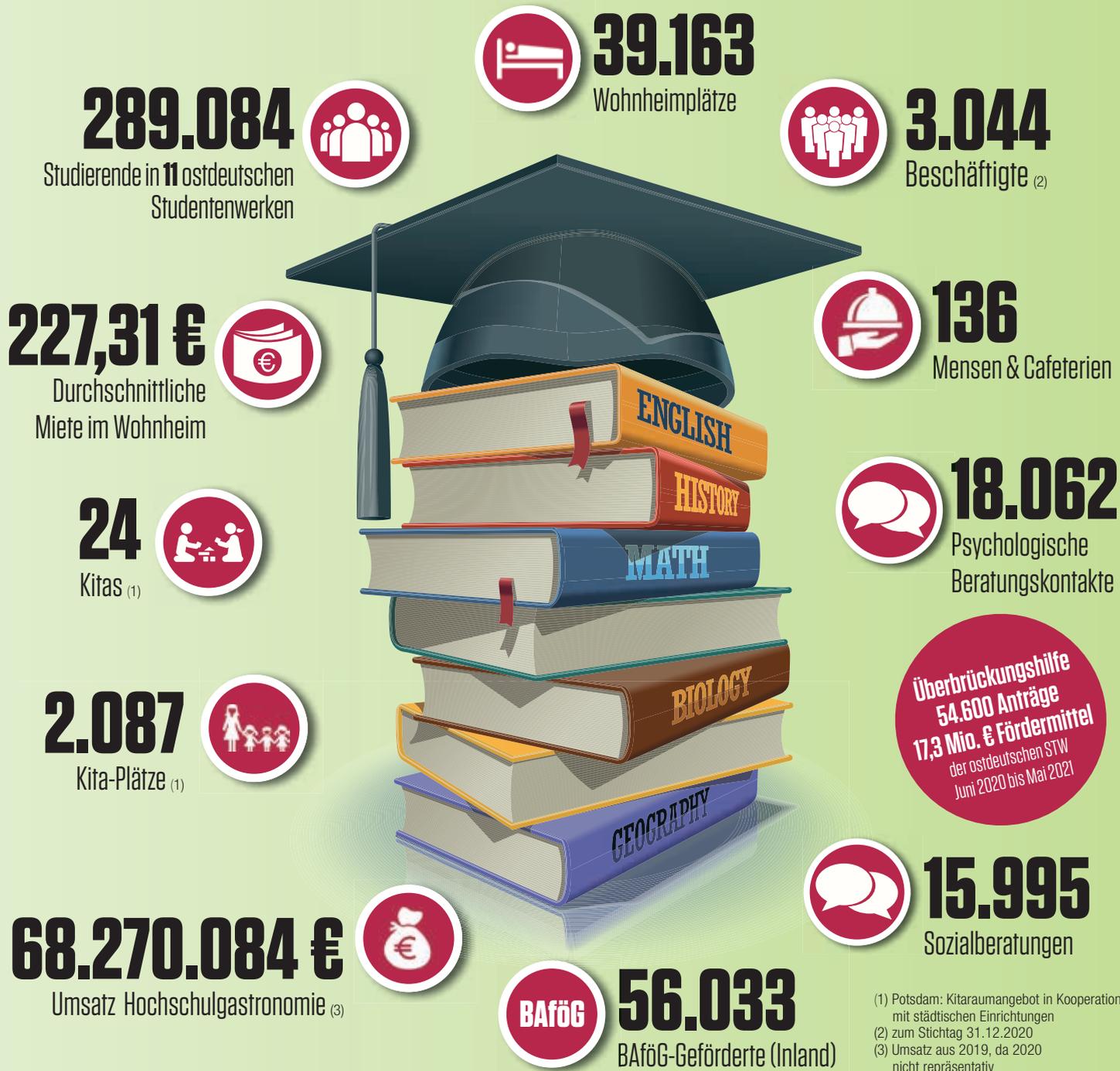
## »WIR OSTDEUTSCHEN STUDENTENWERKE BEREICHERN DIE VERBANDSARBEIT«



**Dr. Ralf Schmidt-Röh,**  
Geschäftsführer des Studierendenwerks Thüringen  
und Sprecher der ostdeutschen Studierendenwerke

### Auf was sind die Studentenwerke in den ostdeutschen Bundesländern besonders stolz?

Wir Studentenwerke im Osten Deutschlands haben nach der Gründung in kurzer Zeit das Leistungsniveau der Einrichtungen in den anderen Bundesländern erreicht und können nun stolz darauf zurückblicken, eine starke Kooperation über Ländergrenzen hinweg aufgebaut zu haben. Wir bringen uns auch aktiv in die Verbandsarbeit ein und stärken mit vielfältigen Initiativen, der Entwicklung von Menülinien, nachhaltigen Innovationen und Initiativen zur Verbesserung von Familienfreundlichkeit, Internationalität und Diversität für Studierende auch das Deutsche Studentenwerk.



(1) Potsdam: Kitaraumangebot in Kooperation mit städtischen Einrichtungen  
(2) zum Stichtag 31.12.2020  
(3) Umsatz aus 2019, da 2020 nicht repräsentativ

»MIT VIEL KRAFT EINEN NEUBEGINN GESCHAFFEN«



**Gordon Guido Oswald**  
studentischer Verwaltungsratsvorsitzender des  
Studentenwerks Freiberg

Was zeichnet die ostdeutschen Studentenwerke aus?

11 Studentenwerke - vom Süden Thüringens bis an die Ostsee, vom Studierendenwerk Thüringen mit knapp 50.500 Studierenden bis hin zu „meinem“ kleinen Studentenwerk Freiberg mit 11.000 Kommiliton/-innen. 30 Jahre Studenten- und Studierendenwerke ist lebhafteste Zeit mit einem durchaus schwierigen Start, einem Neubeginn nach einem politischen Bruch und vielen neuentwickelten Strukturen. Dabei kann auf eine Vielzahl unglaublich engagierter Beschäftigter, Geschäftsführungen und Studierende zurückgeblendet werden. In kürzester Zeit wurde hier, mit viel Kraft, für die Studierenden ein Neubeginn geschaffen.

## PERSONALIA

## Managerin mit Wohnheim-Erfahrung



**CHRISTA AMBROSIOUS** übernimmt ab 1. Juli 2021 die Geschäftsführung des Studierendenwerks Kassel; sie löst die bisherige Geschäftsführerin Christina Walz ab, die das Amt 18 Jahre innehatte. Die Diplom-Volkswirtin Ambrosius, 57, studierte in Marburg und Hamburg; sie lebte als Studentin selbst lange Zeit im Wohnheim und schätzte die Mensa. Nach einer Station als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg mit dem Schwerpunkt Public Management sammelte sie Managementenerfahrungen im öffentlichen Nahver-

kehr in Kassel und Hannover. Christa Ambrosius lebt seit 1994 in Kassel; sie ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Sie sagt über sich selbst: „Ich habe in meiner Jugend von der Bildungsoffensive profitiert und bin sehr dankbar dafür. Als Geschäftsführerin des Studierendenwerks Kassel will ich etwas von dieser Dankbarkeit zurückgeben.“ *sg.*

» [www.studierendenwerk-kassel.de](http://www.studierendenwerk-kassel.de)

## IN MEMORIAM

## Rektorin mit britischem Humor



**PROF. DR. LIESEL HERMES** langjährige Rektorin der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und in den Jahren 2006 bis 2011 Mitglied im Vorstand des Deutschen Studentenwerks, ist im März 2021 im Alter von 75 Jahren an den Folgen eines Krebsleidens gestorben. Die Anglistik-Professorin stand von 1990 bis 1992 und dann erneut von 2002 bis 2011 an der Spitze der PH Karlsruhe. Wie die „Badischen Neuesten Nachrichten“ in einem Nachruf schreiben, wurde Liesel Hermes 1945 in Nordrhein-Westfalen geboren; sie studierte Anglistik, Philosophie und Pädagogik in Münster und Tübingen, 1972 promovierte sie in Anglistik.

1974 erhielt Hermes, inzwischen Mutter einer Tochter, eine Dozentur für Englisch an der PH Karlsruhe. 1977 folgte die Professur, nach vier Jahren als Prorektorin amtierte sie erstmals zwei Jahre als Rektorin. Familien- und Kinderfreundlichkeit auch im Studium waren ihre zentralen Anliegen. Liesel Hermes war eine unabhängige, feinsinnige Frau, die sich auch nicht scheute, eigene Positionen zu vertreten, auch wenn die nicht immer unserer Verbandslinie entsprachen. Legendär war ihr Sprachgefühl und ihr ausgeprägter Sinn für den britischen Humor. Wir werden Liesel Hermes ein ehrenvolles Andenken bewahren. *sg.*

## IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW) Ausgabe 2/2021, 16. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr

**Herausgeber:** Deutsches Studentenwerk e. V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

**Verantwortlich:** Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär

**Redaktionsleitung:** Stefan Grob (*sg.*), stefan.grob@studentenwerke.de

**Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:** Stefan Grob, Armin Himmelrath, Marijke Lass, Britta Mersch, Peter Musto (*pm.*), Rolf-Dieter Postlep, Karl-Heinz Reith, Heike Schmolli, Thomas Triantafillou (*tt.*), Jan-Martin Wiarda

**Hinweis zum Datenschutz:** Wir verwenden Ihre Daten auf dem Adressaufkleber ausschließlich dafür, Ihnen das DSW-Journal per Post zuzustellen. Wenn Sie das DSW-Journal nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie dies bitte in einer E-Mail an: [dswjournal@studentenwerke.de](mailto:dswjournal@studentenwerke.de)

**Grafik:** BlazekGrafik  
[www.blazekgrafik.de](http://www.blazekgrafik.de)

**Karikatur:** Heiko Sakurai

**Druck:** Köllen Druck+Verlag GmbH  
[www.koellen.de](http://www.koellen.de)

**Beratung:** Helmut Ortner  
[www.ortner-concept.de](http://www.ortner-concept.de)

**Anzeigen:**  
[dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de](mailto:dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de)  
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2021

**Redaktionsanschrift:**  
Deutsches Studentenwerk e. V.

Redaktion DSW-Journal  
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 29 77 27-20  
Fax: +49 (0)30 29 77 27-99

**E-Mail:** [dswjournal@studentenwerke.de](mailto:dswjournal@studentenwerke.de)  
**Internet:** [www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

**Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt.** Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



KOLUMNE

GROB GESAGT

## Vaterleiden

Mein großer Sohn ist ein sympathisches, 17-jähriges Muskelpaket mitten in der Pubertät. Meine Erziehungsversuche laufen darauf hinaus, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Es geht immer um die wirklich wichtigen Themen: Sex & Drogen & Rock'n'Roll.

Dialog am Küchentisch: „Papa, ich komme Freitagnacht erst spät nach Hause, wir feiern Nils' 18. Geburtstag.“ „Hmm. Wirst Du Alkohol trinken?“ „Ja.“ „Viel?“ „Ja.“ „Welche Getränke genau?“ „Sicher Bier, viel Bier, und vielleicht ein paar Hugos.“ „Andere Drogen?“ „Nein, Papa, ich trinke nur.“ „Warum?“ „Weil das erste Party ist seit Corona, und weil ich es mag, betrunken zu sein, und weil Niels fucking 18 wird! Papa, was hast Du denn gemacht, als Du in meinem Alter warst, hä?“

»Mit meinem 17-Jährigen geht es um die wirklich wichtigen Themen: Sex & Drogen & Rock'n'Roll«

Diese Gedanken schossen mir durch den Kopf: Gottgütiger, ist das der Anfang einer Drogenkarriere? Soll, kann ich ihm überhaupt noch etwas verbieten? Wird er dann besoffen rumkotzen, oder ungeschützten Sex haben? Soll ich um Mitternacht sicherheitshalber in den Friedrichshain fahren, heimlich, und versuchen, das Schlimmste zu verhindern?

Gesagt habe ich das: „Um 2 Uhr bist Du zu Hause. Du kannst jederzeit auf meine Kosten ein Taxi bestellen. Wenn Du kotzen musst, machst Du das Bad selber sauber. Und Alkohol ist Gift für den Muskelaufbau.“

Mein Sohn umarmte mich, mit seinen Bärenkräften, drückte extra feste, ohne Worte. Er war um 01:55 Uhr zu Hause in jener Nacht, und sehr leise.

**Stefan Grob**  
Redaktionsleiter DSW-Journal  
[stefan.grob@studentenwerke.de](mailto:stefan.grob@studentenwerke.de)

## NEW WORK IM NORDEN

**17 Menschen, die ganz schön viel Wirbel machen:** Wenn das Personal-Team des Studentenwerks Schleswig-Holstein loslegt, bleibt (fast) kein Stein auf dem anderen. „Wir sind die Verrücktesten und Kreativsten von allen“, sagen sie selbstbewusst – und haben auch gleich die eigene Arbeitsweise komplett auf den Kopf gestellt. Persönliche Büros? Abgeschafft, sogar für Leiter Dirk Arndt-Nielsson. Eine Tischtennisplatte, die mal Spielfläche und mal Konferenztisch ist? Gute Idee, gekauft. Fürs Foto die wichtigsten Utensilien vor der Mensa aufbauen, damit die frische Brise in Kiel für Corona-konforme Belüftung sorgt? Zack, in 20 Minuten erledigt. „Wir sind dein Rückenwind“, wirbt das Studentenwerk Schleswig-Holstein – der Slogan passt absolut auch für das Personalteam. Außer Braxton (ganz vorne), der sich auch in stürmischen Zeiten nicht aus der Ruhe bringen lässt, gehört zum Team. him.



»Unsere Werte«:  
Studentenwerk Schleswig-Holstein im Film

[www.youtube.com/watch?v=AOGNAKpC9Uo](https://www.youtube.com/watch?v=AOGNAKpC9Uo)



Das Team von Abteilungsleiter Dirk Arndt-Nielsson (rechts, stehend) im Bereich Personal, Bildung – Entwicklung – Organisation hatte beim Fototermin viel zu lachen. Von links vorne im Uhrzeigersinn: Eva von Bergen, Renko Buß, Tanja Wiecezorek, Friedemann Holz, Daniel Schuster, Christiane Ehlers, Theresa-Marie Bolten, Christina Pohl, Dirk Arndt-Nielsson, Sabrina Gawliik, Kristina Oeser, Alina Mayorga Reinoso. Vorne: Steffen Conjé und Hund Braxton. Nicht auf dem Foto: Natascha Bauer, Thies Bischoff, Frank Bornhöft, Julia Faupel und Birgit Mönch.



# Für **Chancengleichheit**, gegen alle Widerstände

## 50 JAHRE BAFÖG

Aufbruch, Kahlschlag, „Ausbluten“: Die Geschichte des Bafög ist eine Geschichte der Konflikte um Chancengleichheit und Aufstieg in Deutschland.

### Eine politische Biografie von Karl-Heinz Reith

**50** Jahre Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) – unbestreitbar eine Erfolgsstory. Zig Millionen junger Menschen aus bedürftigen Familien haben in den vergangenen fünf Jahrzehnten mit Hilfe der staatlichen Studienförderung ihren Studienwunsch realisieren und ihren Lebensunterhalt während des Studiums finanzieren können.

Gleichwohl: Wo Licht ist, fällt auch Schatten. Das eigentliche Bafög-Wunschziel bei seiner Verabschiedung im Sommer 1971, nämlich Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zwischen jungen Menschen aus einkommensstarken und einkommenschwachen Familien herzustellen, wurde allenfalls annähernd erreicht. Nach wie vor gilt: Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien beginnen im Schnitt 79 ein Hochschulstudium. Von 100 Kindern aus nicht-akademischen Elternhäusern schaffen gerade einmal 27 den Übergang zur Hochschule.

Die im weltweiten Vergleich der Industrienationen besonders in Deutschland nach wie vor ausgeprägte Kluft zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft wurde in den vergangenen fünf Jahrzehnten mit dem Bafög lediglich etwas abgemildert. Schuld daran haben nicht nur häufige Spareingriffe, unzureichende Bafög-Erhöhungen vor allem bei den Elternfreibeträgen und der offensichtlich nur halbherzig ausgeprägte politische Reformwille, mit weitergehenden Bildungsreformen entscheidende Schritte voranzugehen.

### Schwellen, Hürden, Engpässe

Um die sozialen Disparitäten im deutschen Bildungssystem zu veranschaulichen, hat die Bildungsforschung das Modell eines „Bildungstrichters“ entwickelt. Auf dem Weg eines jungen Menschen vom Kindergarten bis zum Master-Abschluss kennt das deutsche Bildungswesen insgesamt viel zu viele Schwellen, Hürden und Engpässe, die zu viele scheitern lassen. Es fängt bereits an mit der frühen Selektion der 10-jährigen Kinder beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulformen – womit Deutschland und sein Nachbarland Österreich nach wie vor im internationalen Vergleich einen ein-

maligen Sonderweg beschreiten. Diese Selektion setzt sich beim Übergang von der neunten oder zehnten Klasse in die gymnasiale Oberstufe fort. Um so verhängnisvoller wirkte sich deshalb die mit Amtsantritt von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) 1983 vollzogene vollständige Streichung der Bafög-Schülerförderung für bedürftige Jugendliche in den Oberstufen allgemeinbildender Schulen aus. Kohl sprach später selbst in einem Interview von einem „Bafög-Kahlschlag“. Kompensationsversuche von zwei der damals elf Bundesländer konnten mit eigenen Landes-Fördermodellen den Verlust der bundesweiten Schüler/-innen-Unterstützung nicht ausgleichen.

Die finanzielle Unterstützung bedürftiger Oberstufenschüler/-innen war bereits im Herbst 1969 im Rahmen eines „Ersten Gesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung“ in der Endphase der Großen Koalition unter Bundeskanzler Georg Kiesinger (CDU) von Union und SPD im Einvernehmen mit der FDP beschlossen worden. Wie gesagt: Das Gesetz begünstigte damals zunächst nur bedürftige Schülerinnen und Schüler ab Ende der allgemeinen Pflichtschulzeit. Mehr habe der Bundeshaushalt nicht hergegeben, versicherten damals die Bildungspolitiker aller Fraktionen im Bundestag und äußersten zugleich die Hoffnung, irgendwann Ähnliches auch für die Studierenden auf den Weg bringen zu können.

### Honnefer Modell, Rhöndorfer Modell ...

Die breite Debatte um die Förderung von Studierenden hatte in Westdeutschland bereits 1952 eingesetzt. Ein Jahr zuvor hatte die erste Sozialerhebung der Studentenwerke offenbart, dass die jungen Menschen im Studium nur unzureichend von den im Nachkriegsdeutschland bestehenden Sozialleistungen und von dem zunächst nur zaghaften Wirtschaftsaufschwung nach der Währungsreform profitierten. Viele waren gezwungen, als Werkstudenten für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) und Kultusministerkonferenz richteten 1955 in Bad Honnef im Mitwirken zahlreicher Studenten- und Jugendorganisationen eine Konferenz aus, bei der man sich über das sogenannte Honnefer Modell



**Willy Brandt (SPD)**

Regierungschef einer sozialliberalen Koalition von SPD und FDP von 1969 bis 1974

## BRANDT SUCHTE NACH WEGEN, DIE PROTESTIERENDEN JUNGEN MENSCHEN, DIE SICH IN DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION (APO) ZUSAMMENGEFUNDEN HATTEN, WIEDER IN DIE PARTEIEN EINZUBINDEN

verständigte. Es teilte sich in eine Anfangs- und Hauptförderung. In den ersten drei Semestern war die Förderung auf maximal 150 Deutsche Mark monatlich begrenzt, die allerdings nur in der Vorlesungszeit ausbezahlt wurden. Während der Semesterferien sollte der Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestritten werden. Für den Eintritt in die Hauptförderung wurden Leistungsnachweise, Vorprüfungszeugnis und positive Gutachten von Professoren verlangt. Monatlich gab es maximal 200 DM, die allerdings auch während der Semesterferien ausbezahlt wurden. Das Geld gab es je zur Hälfte als Stipendium und als rückzahlbares Darlehen. Ein Rechtsanspruch auf Förderung bestand allerdings nicht. Über die Aufnahme in die Förderung entschieden lokale Ausschüsse an den Hochschulen. Die Kosten teilten sich Bund und Länder. Das Honnefer-Modell galt nur für Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen. Für die übrigen Hochschulen wie höheren Fachschulen wurde 1958 das Rhöndorfer Modell eingerichtet. Es war ähnlich organisiert. Allerdings trugen hier allein die Länder die Kosten.

Doch bereits Anfang der 1960er-Jahre hielten Fördersätze und Elternfreibeträge mit der Lohn- und Preisentwicklung nicht mehr Schritt. Die Hochschulen klagten über einen dramatischen Zuwachs des „Werkstudententums“, wodurch sich die Studienzeit immer mehr in die Länge zog. Die Studentenschaft war in jenen Jahren gespalten. Im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) waren zunächst nur die Studierendenvertretungen der Universitäten vertreten. Für Studierende an Pädagogischen Hochschulen gab es eine eigene Dachorganisation. Doch der Reformbedarf war gleichwohl unstrittig.

Es ist müßig zu fragen, wer denn nun der eigentliche „geistige Vater“ der heutigen Studierendenförderung

ist. Zeitzeugen nennen häufig den Namen Theo Tupetz, ab Ende 1952 Sozialreferent beim VDS. Er habe als erster die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Förderung bedürftiger Studierender in die Debatte eingebracht, was durch ein Bundesgesetz garantiert werden sollte. Voraussetzung dafür war die Grundgesetzänderung von Mai 1969, mit der der Bund neue Kompetenzen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich erhielt. Ohne diese Änderung wäre das Bundesausbildungsförderungsgesetz wie auch das 1976 verabschiedete erste Hochschulrahmengesetz (HRG) des Bundes in der föderalen Bundesrepublik gar nicht möglich gewesen. Tupetz hatte sich bereits bei Abfassung des Honnefer Modells einen Namen gemacht. Sein Hauptengagement galt allerdings der in jenen Jahren der großen Zahl von Heimatvertriebenen Studierenden in Westdeutschland. Ebenso baute er für Abiturient/-innen und Studierende, die aus der DDR in den Westen flohen, ein eigenes Beratungsnetzwerk auf.

### „Mehr Demokratie wagen“, die APO einbinden

Doch ein umfassendes Reformgesetz der Studienförderung mit einem Rechtsanspruch für alle bedürftigen Studierenden war erst mit der Wahl von Willy Brandt (SPD) zum Bundeskanzler möglich. SPD und FDP bildeten im Oktober 1969 eine sozialliberale Regierungskoalition. Brandts Ruf in seiner Regierungserklärung „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ bestärkte die Reformkräfte auch in der Bildungspolitik. Mehr junge Menschen erlangten das Abitur und wollten anschließend auch studieren. Es begannen die Jahre der gewaltigen Bildungsexpansion. Einige Bundesländer gründeten Gesamtschulen und auch neue Hochschulen, im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen gleich fünf Gesamthochschulen auf einen Streich.

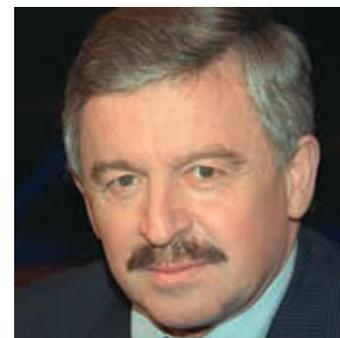
Die Zeit war reif für eine Neuordnung der Ausbildungsförderung - auch wenn die Haushaltsmittel nach wie vor arg begrenzt waren. Brandt suchte nach Wegen, die protestierenden jungen Menschen, die sich in der Außerparlamentarischen Opposition (APO) zusammengefunden hatten, wieder in die Parteien einzubinden. Zugleich sollte die Schülerförderung in der gymnasialen Oberstufe wie auch in den beruflichen Schulen mit dem geplanten Fördersystem für Studierende vereinheitlicht werden. Mehrere Modelle wurden unter Federführung von Jugend- und Familienministerin Käte Strobel (SPD) erörtert. Es kam zu hitzigen Debatten im Parlament, aber auch innerhalb der Studierendenschaft, über die Ausgestaltung des angestrebten Gesetzes. Befürchtet wurden zunächst Verschlechterungen gegenüber dem Honnefer Modell. Strobel verwies in der abschließenden Debatte zur Verabschiedung des BAföG auf die Unterschiede zwischen der alten und der neuen Förderung. Mit dem Honnefer Modell sollte

„eine Auslese von Begabten unter den Studenten gefördert werden, die einer wirtschaftlichen Hilfe bedürfen“. Zugleich aber habe es keinen Rechtsanspruch auf Förderung gegeben. Strobel versicherte: „Das Bundesausbildungsförderungsgesetz gibt dagegen jedem für die von ihm gewünschte Ausbildung Geeigneten einen Rechtsanspruch auf Förderung, wenn es seine wirtschaftliche Lage erfordert.“ Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage versicherte die Ministerin, die Bundesregierung hätte sicherlich „gern einen größeren Schritt zur Familienunabhängigkeit getan und vor allem gern weitere Gruppen von Auszubildenden in die Förderung einbezogen“. Dem schiebe jedoch die Notwendigkeit einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik einen Riegel vor. Eine familienunabhängige und voll kostendeckende Ausbildungsförderung sei „in diesem Jahrzehnt ganz sicher nicht zu finanzieren“.

Damit wandte sich Strobel vor allem gegen die Forderung der Bildungspolitiker der Union, die lieber eine vom Einkommen der Eltern völlig unabhängige Studienförderung gehabt hätten, wenn auch auf voller Darlehensbasis. Dazu gab es jedoch auch kritische Stimmen in den eigenen Reihen der Union.

Die Zweite und Dritte Lesung des Gesetzes war am 24. Juni 1971 im Bundestag. Gut zwei Wochen später rief die Länderkammer, der Bundesrat, den Vermittlungsausschuss an. Doch die Einigung über noch offene Organisationsfragen kam relativ schnell zustande. Am 19. Juli 1971 billigte der Bundestag abschließend die Empfehlungen des Vermittlungsausschusses. Das BAföG konnte zum 1. September 1971 in Kraft treten. Kontroversen gab es anfangs um die Frage, wer für Antragsbearbeitung und BAföG-Organisation verantwortlich sein sollte. Einige Innenminister plädierten dafür, dies den Jugendämtern zu übertragen. Letztlich setzten sich die Studentenwer-

In den 1980er-Jahren wurde das BAföG in ein Volldarlehen umgewandelt – zum Ärger der Studierenden



**Jürgen Möllemann (FDP)**

Von 1987 bis 1991 Bundesminister für Bildung

## UNTER DEM SCHLAGWORT „NEUORDNUNG DES FAMILIENLASTENAUSGLEICHS“ GELANG ES JÜRGEN MÖLLEMANN 1990, EINEN TEIL DES BAFÖG-KAHLSCHLAGS RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN

ke durch, die zuvor auch die Organisation und die Rückzahlungsmodalitäten des Honnefer Modells übernommen hatten. Bis Ende 1974 wurde das BAföG vollständig als ein nicht rückzahlbares Stipendium ausbezahlt. Danach wurden kleinere Darlehensanteile beim BAföG eingeführt.

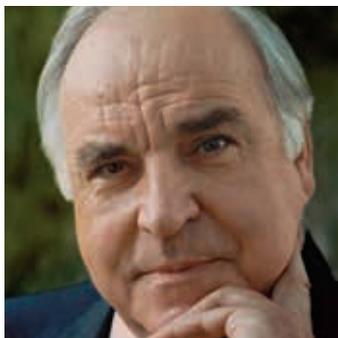
Liest man heute die Protokolle aus jenen Tagen, so sticht der Debattenbeitrag des Freiburger FDP-Bundestagsabgeordneten Kurt Spitzmüller hervor. „Es wird nicht zu Unrecht bemängelt, dass im Hochschulbereich die Zusammensetzung der Studentenschaft der sozialen Herkunft nach sehr einseitig ist. (...) Es ist unbestritten, dass es gesellschaftspolitisch kein erwünschter Zustand ist, dass sich die jeweiligen Berufsgruppen auch in ihrer sozialen Schichtung an den Hochschulen mehr oder weniger aus sich selbst rekrutieren. Dies führt nicht nur zur gesellschaftlichen Immobilität mit einer Verkrustung in ständestaatlicher Richtung, sondern auch zu sozialen Spannungen und Auseinandersetzungen, und zwar aufgrund eines konstanten und permanenten, d. h. eines konservierten Einkommens- und Bildungsgefälles.“ Das sind Zusammenhänge, die zum Beispiels die Sozialforscherin Jutta Allmendinger, 50 Jahre später, noch ebenso kritisiert. Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung hat in Studien die gesellschaftliche Immobilität in der Bundesrepublik belegt.

### „BAföG-Kahlschlag“ und die Stammtisch-Fiktion „Akademikerschwemme“

Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition und der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) folgte 1983 der bislang wohl einschneidendste Eingriff in die Ausbildungsförderung. Kohl propagierte eine „geistig-moralische Wende“



Fotos: picture alliance / Klaus Rose | picture-alliance / dpa / Klaus Franke



**Helmut Kohl (CDU)**

Von 1982 bis 1998 Bundeskanzler

## ALS EINE SEINER ERSTEN REGIERUNGSMASSNAHMEN STRICH KOHL DAS BAFÖG FÜR SCHÜLER/-INNEN AN ALLGEMEINBILDENDEN SCHULEN GÄNZLICH UND STELLTE DIE FÖRDERUNG FÜR STUDIERENDE KOMPLETT AUF VOLLDARLEHEN UM

der Gesellschaft. Als eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen wurde das Bafög für Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen gänzlich gestrichen und die Förderung für Studierende komplett auf Voll darlehen umgestellt. Dies bedeutete bei durchschnittlich zehn Semestern Studienzzeit bis zu 70.000 DM Bafög-Schulden, bei Studienabschluss für einen mit Höchstsatz geförderten Studierenden.

Im Rückblick kann man heute sagen, dass dieser „Bafög-Kahlschlag“ nicht primär finanzpolitische Ursachen hatte. Die Gesetzesänderung war eingebettet in eine Gesamtstrategie der konservativen Kräfte in Bund und Ländern, das Rad der Bildungsexpansion zurückzudrehen. Man wollte einfach nicht so viele Abiturienten und Studenten und fürchtete hinter vorgehaltener Hand bisweilen auch zu viel Konkurrenz für die eigenen Kinder. Der Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Paul-Harro Piazzolo (CDU), reiste quer durch alle Bundesländer und empfahl den Kultusministern eindringlich, doch nicht mehr als 16,5 Prozent eines Jahrgangs in die Oberstufen der Gymnasien zu schicken. In unionsgeführten Bundesländern wurde der Übertritt von der Grundschule zum Gymnasium deutlich erschwert und der Elternwille zurückgedrängt. Die Kultusminister der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen wollten wieder deutlich mehr Kinder in den Hauptschulen. In der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) wurden Mitte der 1980er-Jahre Papiere mit einer deutlichen Warnung vor einer gewaltigen Akademikerschwemme in Deutschland produziert. Die Entwürfe davon wurden Medien zugespielt. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“

widmete dem sogar eine Titelgeschichte mit der Schreckensvision vom „Taxifahrenden Dr. Arbeitslos“. Doch das Gespenst blieb in den folgenden Jahren eine reine Stammtischfiktion. Die BLK-Berechnungen erwiesen sich schon ein gutes halbes Jahr später als völlig falsch und wanderten in den Reißwolf. Die Statistiker hatten unter anderem den wachsenden Bedarf der Wirtschaft an akademisch ausgebildeten Fachkräften völlig falsch eingeschätzt. Gleichwohl entfalteten die Warnungen abschreckende Wirkung. Es waren vor allem junge Frauen und die Kinder aus bildungsfernen Schichten, die auf ein Studium verzichteten, bilanzierte das Hochschulinformationssystem (HIS) die Auswirkungen in einer Studie. Die extreme Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland war auch der Regierung Kohl bekannt. Mit den regelmäßigen Sozialerhebungen des Studentenwerks lagen dazu bereits seit Anfang der 1950er-Jahre robuste Daten vor. Für den Schulbereich belegte dies das Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund Mitte der 1980er-Jahre anhand der ersten Mikrozensus-Auswertungen.

Unter dem Schlagwort „Neuordnung des Familienlastenausgleichs“ gelang es dem damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) gegen Ende der dritten Amtsperiode von Kohl 1990 einen Teil des „Bafög-Kahlschlags“ rückgängig zu machen, indem ein 50-prozentiger Stipendienanteil bei der Förderung eingeführt wurde. Für Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen gab es aber in der Regel weiterhin kein Bafög. Zugleich mussten nach der Einheit an den ostdeutschen Hochschulen Studentenwerke zur Umsetzung des Bafög aufgebaut werden. In mehreren Nacht-und-Nebel-Aktionen wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür geschult. Nur wenige Jahre später wollte der damalige Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) das Bafög schon wieder komplett auf Voll darlehen umstellen – diesmal sogar plus Bankzinsen. Rüttgers wollte damit im Bildungshaushalt mehr Gestaltungsspielraum gewinnen. Doch nach Bekanntwerden zunächst von dem Minister unter Verschluss gehaltener Berechnungen über die zu erwartende hohe Schuldenlast legte Bayerns damaliger Kultusminister Hans Zehetmair (CSU) als Bildungssprecher der Unionsländer sein Veto ein.

### Schröder kassiert das „Drei-Körbe-Modell“

Gleichwohl wuchs in den 1990er-Jahren das Unbehagen an der Sozialpolitik von Union und FDP – nicht nur im Ausbildungsbereich. Forderungen nach grundlegenden Reformen wurden laut. Die Idee eines „Drei-Körbe-Modells“ gewann Zuspruch. Mit dem ersten Korb sollte die Bundesregierung für eine elternunabhängige Grundförderung der Studierenden aufkommen, in den das Kindergeld, Ortszuschlä-

ge und Steuerfreibeträge einfließen und direkt an die Studierenden ausbezahlt werden sollten, statt wie zuvor an ihre Eltern. Für den zweiten Korb sollten Bund und Länder das bis dahin gemeinsam finanzierte BAföG zusammenführen und diesen Anteil - jeweils abhängig vom Elterneinkommen - auszahlen. Das war die soziale Komponente. Der dritte Korb sah öffentliche wie private Studienkredite vor, die allen Studierenden unabhängig vom Elterneinkommen zu möglichst günstigen Konditionen zur Verfügung stehen sollten. Das „Drei-Körbe-Modell“, maßgeblich mitentwickelt vom Deutschen Studentenwerk, fand 1998 Einzug in das Wahlprogramm der SPD und wurde auch von den Grünen ausdrücklich unterstützt.

### „Das Kindergeld ist für Papas Golf“

Die Befürworter/-innen des „Drei-Körbe-Modells“ gingen von einer weitgehenden Kostenneutralität ihres Konzepts aus. Interne Berechnungen beziffernten dagegen den finanziellen Mehrbedarf damals mit fünf bis sechs Milliarden DM. Doch Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) passte das ganze Modell nicht. Aus seiner Sicht hätten von erheblich höheren BAföG-Ausgaben vor allem Kinder aus der Mittelschicht profitiert, während junge Menschen aus armen Familien nicht deutlich stärker als bisher berücksichtigt worden wären. Außerdem befürchtete Schröder viel Ärger wegen der vorgesehenen Kindergeldauszahlung direkt an die Studierenden. Zur Überraschung der SPD-Bildungspolitiker trat Schröder mit dem Satz: „Das Kindergeld ist für Papas Golf“ auf einer SPD-Fraktionsvorstandssitzung in einem Bonner Hotel dem Modell massiv entgegen. Dies bedeutete das Aus für das „Drei-Körbe-Modell“.

Gleichwohl wurde Anfang der 2000er-Jahre von der rot-grünen Bundesregierung das BAföG mit Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) nach den jahrelangen Sparrunden der Kohl-Regierungen deutlich angehoben. Nicht nur die Fördersätze und Elternfreibeträge wurden erhöht, auch ein Studienkredit zu günstigen Konditionen wurde eingeführt. In einer großen Plakataktion warb die Regierung für „das neue BAföG“ und forderte Eltern und Studierende auf, Anträge zu stellen. Die Zahl der Geförderten schoss in die Höhe.

### Das Herz der staatlichen Studienfinanzierung blutet aus

In der Union hatte das BAföG nach wie vor nur wenige Freunde. Ausgerechnet im Wahljahr 2005 favorisierte die CDU-Vizevorsitzende und spätere Bundesbildungsministerin Annette Schavan Pläne, die Studienfinanzierung komplett auf einen Mix aus Studiengebühren, Bildungssparen, Darlehen, leistungsabhängigen Stipendien sowie Freiplätze für Bedürftige und Begabte umzustellen. Doch Kanzler-



**Angela Merkel (CDU)**  
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland  
seit 2005

**»NIEMAND HAT DIE ABSICHT, DAS BAFÖG ABZUSCHAFFEN.«**

kandidatin Angela Merkel (CDU) bremste die Pläne mit dem Satz: „Niemand hat die Absicht, das BAföG abzuschaffen.“ Unter Schavan und ihrer Nachfolgerin Johanna Wanka (CDU) wurden die Elternfreibeträge kaum noch ausreichend erhöht. Das Ergebnis: Von 2012 bis 2019 ging die Zahl der Geförderten um knapp 300.000 zurück - von 973.000 auf 680.000. Damit wurde im vergangenen Jahrzehnt das Herzstück der staatlichen Studienfinanzierung nahezu ausgeblutet. Bekamen 2012 noch 27,3 Prozent aller Studierenden BAföG, sind es jetzt nur noch elf Prozent. Grund dafür sind unter anderem sechs Nullrunden zwischen 2010 und 2016. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.

Gleichwohl: Anders als viele ihrer Amtsvorgängerinnen aus den Reihen der Union steht Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) inhaltlich zum System der Studienförderung BAföG. Sie würdigt es als „die große soziale Errungenschaft für den Aufstieg durch Bildung. Wenn wir das BAföG nicht hätten, müssten wir es erfinden“, sagte Karliczek - auch wenn sie ausgerechnet zum 50. Geburtstag mit leeren Händen dasteht.

Die am BAföG interessierten Reformkräfte hätten allerdings zum 50. Geburtstag des Sozialgesetzes in der Tat wirklich anderes erwartet, als nur warme Worte und eine 80-Cent-Gedenkbriefmarke zum 1. September. Dies bleibt trotz der nach der Corona-Krise angespannten Haushaltslage vordringliche Aufgabe für die neue Legislaturperiode nach der Bundestagswahl.



DER AUTOR  
**Karl-Heinz Reith** ist freier Journalist in Berlin

**W**enn im September ein neuer Bundestag gewählt wird, ist das auch eine Gelegenheit, die deutsche Hochschulpolitik auf ein neues Fundament zu stellen. Wir haben die Parteien, die wahrscheinlich wieder in den Deutschen Bundestag gewählt werden, gebeten, uns von ihren Plänen und Visionen zu erzählen.

Fast drei Millionen Studierende gibt es in Deutschland. In den vergangenen Wochen und Monaten haben sie das Studium vor allem zu Hause verbracht. Viele haben ihre Jobs verloren, mussten auf soziale Kontakte verzichten, konnten kein Auslandsstudium aufnehmen. Lange gab es keinen Plan, wie die Hochschulen wieder öffnen können, welche Teststrategien es gibt, wann Studierende geimpft werden.

Doch auch vor Corona lief nicht alles rund. Vieles liegt seit Jahren im Argen: Das BAföG deckt in vielen Städten nicht mehr die Kosten für Lebensunterhalt und Wohnen ab, nur etwa 16 Prozent können von der staatlichen Unterstützung profitieren. Deshalb fordert das Deutsche Studentenwerk (DSW), die sozialen Bedingungen für ein Studium auf ein stabiles Fundament zu stellen: das BAföG erhöhen, einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt ins Leben rufen, Wohnheimplätze für Studierende ausbauen.

Allerdings passiert seit Jahren nur wenig. Wird sich das durch die Bundestagswahl im September ändern? Welche Pläne haben die Parteien mit Blick auf die Studierenden und die Hochschulen? Wie verhalten sie sich zu den politischen Kernforderungen der im DSW organisierten Studierendenwerke? Sprich: Wer macht sich stark für eine Reform des BAföG? Ist der Ausbau der Mensa- und Wohnheim-Kapazitäten der Studierendenwerke geplant? Das sind Fragen, mit denen wir uns im Mai dieses Jahres an die Parteien gewendet haben.

### **Wahlprogramme der Parteien: unterschiedlich weit**

Nicht alle Parteien konnten bis zum Stichtag am 31. Mai 2021 Einblick in ihre Wahlprogramme geben. In der Planung waren

# Kommt endlich ein **Bund-Länder-Hochschulsozialpakt?**

## **BUNDESTAGSWAHL**

Mit welchen hochschulpolitischen Zielen gehen die Parteien in den Bundestagswahlkampf? Was sagen sie zu den zentralen Forderungen der Studierendenwerke nach einem Hochschulsozialpakt und einer BAföG-Reform? Eine Analyse von **Britta Mersch**



Illustration: 123RF

sie unterschiedlich weit. Die Schwesterparteien CDU/CSU planen für die Bundestagswahl ein gemeinsames Wahlprogramm. Das wird erst Mitte Juni 2021 erwartet. Mit Stefan Kaufmann, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das BAföG, konnten wir aber ein kurzes Interview führen.

Anfang Mai 2021 hat die SPD ihr Zukunftsprogramm veröffentlicht, das wir für unsere Analyse ausgewertet haben. Außerdem hatten wir Gelegenheit, mit Oliver Kaczmarek, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, ebenfalls ein Interview zu führen.

Von den Grünen gab es bis zum Stichtag am 31. Mai 2021 nur einen Wahlprogrammmentwurf. In seiner endgültigen Fassung soll er auf dem Parteitag im Juni verabschiedet werden. Kai Gehring, Sprecher für Forschung, Wissenschaft und Hochschule der Grünen-Fraktion im Bundestag, hat unsere Fragen schriftlich beantwortet.

Die FDP verabschiedete Mitte Mai 2021 das Programm für die Bundestagswahl 2021. Mit Jens Brandenburg, Sprecher für Studium der FDP-Fraktion im Bundestag, konnten wir zusätzlich ein Gespräch führen.

Ein Entwurf des Wahlprogramms der Linken liegt vor und wird endgültig auf dem Parteitag im Juni verabschiedet. Nicole Gohlke, hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Linken im Bundestag, stand ebenfalls für ein Interview zur Verfügung.

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat ihr Wahlprogramm im Mai 2021 veröffentlicht. Unsere fünf Fragen wurden außerdem schriftlich per E-Mail beantwortet.

#### **Agenda 1: Hochschulsozialpakt?**

Die insgesamt 57 Studenten- und Studierendenwerke fordern von Bund und Ländern schon länger einen Hochschulsozialpakt mit einem staatlichen Zuschuss-Anteil in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für den Neubau, Erhalt und die pandemiegerechte Nachrüstung ihrer Wohnheime und Mensen. 1,9 Milliarden Euro sollen als staatlicher Zuschuss bis 2026 in Studierenden-



**Wir sollten uns das Ziel setzen, bis zum Ende dieses Jahrzehnts 100.000 neue Plätze in Studentenwohnheimen zu schaffen.**

**Oliver Kaczmarek**

**SPD**

wohnheime fließen, 1,6 Milliarden Euro Zuschuss in die Mensen. Unterstützen die Parteien diese Forderung?

In der vorläufigen Fassung ihres Wahlprogramms macht sich die Linke für einen solchen Hochschulsozialpakt stark. Rund 50.000 neue Wohnheimplätze sollen entstehen, weitere Gelder sollen in die Mensen investiert werden und in die Studierendenwerke, die durch die Pandemie in eine Schieflage geraten seien: „Wir sind die einzige Fraktion, die auch schon in den vergangenen zwei Legislaturperioden einen Hochschulsozialpakt eingefordert hat“, sagt Nicole Gohlke. Dabei habe sie sich an den Vorstellungen des Deutschen Studentenwerks orientiert. Doch diese Legislaturperiode habe zu keinem Ergebnis geführt: „Ganz offensichtlich spielt die soziale Dimension bei anderen Parteien bislang keine große Rolle.“

### **Die SPD will 100.000 neue Wohnheimplätze**

Kurz vor der Bundestagswahl gibt es aber offenbar ein Umdenken: „Ich finde es richtig, einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt zu schließen“, sagt Oliver Kaczmarek von der SPD. Er sollte in einen neuen Koalitionsvertrag aufgenommen werden, vor allem beim studentischen Wohnen gebe es Nachholbedarf: „Wir sollten uns das Ziel setzen, bis zum Ende dieses Jahrzehnts 100.000 neue Plätze in Studentenwohnheimen zu schaffen.“ Auch sei es wichtig, in klimaneutrale und zeitgemäße Mensen zu investieren.

Das Thema studentisches Wohnen ist auch für Kai Gehring von den Grünen ein wichtiges Anliegen: „Wir setzen uns für eine Offensive für bezahlbares Wohnen ein.“ Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau sollten auf mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr aufgestockt werden. Über ein Förderprogramm sollen zusätzlich eine Million dauerhaft günstige Mietwohnungen geschaffen werden, von denen auch Studierende profitieren. Darüber hinaus forderte er ein Bund-Länder-

Programm zum Bau von öffentlich geförderten Wohnheimen für Studierende.

### **FDP: „Keine Blankoschecks für die Länder“**

Jens Brandenburg von der FDP zeigt sich verhaltener. Seine Partei könne sich vorstellen, bundespolitische Akzente zu setzen und zum Beispiel ein Bund-Länder-Programm zu starten, um psychische Probleme von Studierenden aufzufangen. „Wir sollten den Ländern aber nicht wieder milliardenschwere Blankoschecks ohne Gegenleistung ins Schaufenster legen.“ Die Aufgabe, Wohnraum für Studierende zur Verfügung zu stellen, liege primär bei den Ländern.

Ganz ähnlich argumentiert auch Stefan Kaufmann: „Wir haben sicherlich noch einen gewissen Nachholbedarf“, sagt der CDU-Politiker. Die Pandemie habe noch einmal wie ein Brennglas offengelegt, wie schwierig die Situation einiger Studierender sei. „Ich könnte mir vorstellen, dass einzelne Aspekte eines solchen Sozialpakts gefördert werden.“ Auf eine feste Summe möchte er sich aber noch nicht festlegen.

Die AfD lehnt einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt ab. Sie sieht die Länder in der Pflicht, die Ausgaben für Bildungsaufgaben, zu denen auch die Wohnheime gehörten, zu stemmen.

### **Agenda 2: BAföG-Reform?**

Auch im 50. Jubiläumsjahr macht sich das Deutsche Studentenwerk stark für eine längst überfällige Reform des BAföG.

**Ich könnte mir vorstellen, dass einzelne Aspekte eines solchen Sozialpakts gefördert werden.**

**Stefan Kaufmann**

**CDU CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag



**Die Forderungen:**

- eine Erhöhung des Elternfreibetrags um 15 Prozent
- eine BAföG-Förderung in existenzsichernder Höhe
- Eine Förderungsdauer, die die Regelstudienzeit plus zwei Semester umfasst
- weniger bürokratische Hürden bei der Antragstellung
- die Umstellung des BAföG auf einen Vollzuschuss
- ein Öffnungsmechanismus in Krisenzeiten

Dazu kommt die Klage einer Studentin aus Osnabrück, die Mitte Mai 2021 vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelt wurde. Das Gericht hat festgestellt, dass die BAföG-Sätze nicht transparent ermittelt werden. Zwar ging es um den Zeitraum Oktober 2014 bis Februar 2015, in dem die Studentin BAföG in Höhe von 375 Euro bekommen hat - in verfassungswidriger Weise zu niedrig, wie sie meinte. Das Urteil liegt nun zur Prüfung beim Bundesverfassungsgericht - und löst mal wieder eine heftige Diskussion über das BAföG aus.

Wir haben die Parteien gefragt: Welchen konkreten Reform- oder Veränderungsbedarf sehen Sie beim BAföG? Dass Reformbedarf besteht, gesteht Stefan Kaufmann von der CDU ein. Er verweist zwar auf die jüngste BAföG-Novelle aus dem vergangenen Jahr, mit der zum Beispiel die Einkommensfreibeträge weiter angehoben wurden. Doch er sieht auch, dass sich viele potenzielle BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger davor scheuen, überhaupt einen Antrag zu stellen: „Wir hoffen, dass sich das durch die jüngsten Reformen ändert.“ Natürlich zwingt das Urteil aus Leipzig die regierenden Parteien, sich noch einmal die Bedarfssätze anzusehen. Der Forderung, das BAföG komplett auf ein neues Fundament zu stellen, stimmt Stefan Kaufmann nicht zu: „Das BAföG soll eine subsidiäre Sozialleistung bleiben.“

Oliver Kaczmarek von der SPD verweist ebenfalls auf die BAföG-Novelle aus dieser Legislaturperiode, die dazu führen soll, dass durch eine Anhebung der Freibeträge um insgesamt 16 Prozent mehr Studierende gefördert werden. Doch die Novelle habe das Ziel der Trendwende wahrscheinlich nicht erreicht: „Dafür hätte man das aktuelle Gesetz nachbessern müssen, doch dazu war Bildungsministerin Anja Karliczek nicht bereit“, sagt Oliver Kaczmarek. Er würde sich wünschen, dass das BAföG zu einem Vollzuschuss ausgebaut wird: „Eine Verschuldungssumme von bis zu 10.000 Euro ist für viele eine Hürde, ein Hochschulstudium aufzunehmen.“

**SPD und Grüne mit neuen Modellen**

Doch in seiner Partei werden auch ganz neue Ideen diskutiert. Im Wahlprogramm der SPD wird ein Modell vorge-



**Ausländische Studierende sollten in Deutschland nur in begrenztem Umfang zugelassen werden.**

**Götz Frömking**



stellt, bei dem das BAföG an eine Kindergrundsicherung gekoppelt wird. Das Kindergeld soll aus einem Basisbeitrag bestehen, der bei rund 250 Euro liegt und je nach Einkommen der Eltern aufgestockt wird - mindestens auf 500 Euro, Wohnkostenpauschale und Geld für die Bildung und Teilhabe inklusive. So sollen junge Menschen auch während der Ausbildung finanziell abgesichert werden - zusätzlich zu einem BAföG-Fördersatz, der schrittweise zu einem Vollzuschuss umgebaut werden soll.

In eine ähnliche Richtung gehen die Vorstellungen der Grünen. Das BAföG soll zu einer Grundsicherung für Studierende und Auszubildende ausgebaut werden. Es soll einen Garantiebetrag von 290 Euro geben, der direkt an die Studierenden und Azubis ausbezahlt wird. Dazu kommt ein Zuschuss, der sich an der Vermögens- und Einkommenssituation der Eltern und der Studierenden orientiert und der bei bis zu 603 Euro monatlich liegen soll, zuzüglich Pauschalen für Kranken- und Pflegeversicherung und fürs Wohnen. So könnten Studierende bis zu 1.062 Euro erhalten, erklärt Kai Gehring das Modell: „Sie (Die Grundsicherung) soll sich über eine Regelstudienzeit plus zwei Semester erstrecken. Auf Antrag soll es Verlängerungsmöglichkeiten geben.“ Beide Bausteine seien als Vollzuschüsse gedacht. So sollen Studierende und Auszubildende eine Studienfinanzierung erhalten, die zum Leben reicht.

Die Linke macht sich ebenfalls stark für ein BAföG, das nicht zurückgezahlt werden muss und alle erreicht, die es brauchen. Der BAföG-Satz soll sich an den tatsächlichen Lebenshaltungs- und Wohnkosten orientieren, Altersgrenzen sollen abgeschafft und die Zahlung an die durchschnittliche Studiendauer angepasst werden. Nicole Gohlke ist optimistisch, dass in der nächsten Legislaturperiode neue Wege eingeschlagen werden könnten: „Wir haben jetzt die Chance, ganz grundsätzlich etwas an der Architektur des BAföG zu ändern.“ Die neuen Ansätze müssten aber auch mit einem Umbau des Steuer- und des Unterhaltsrechts einhergehen, damit es nicht zu einer sozialen Schieflage kommt. Finanzstarke Einkommensschichten müssten stärker zur Kasse gebeten werden, um eine Reform zu finanzieren.



**Natürlich braucht es auch bezahlbaren Wohnraum. Das nützt internationalen Studierenden genauso wie inländischen.**

**Jens Brandenburg**



### **FDP: „Baukasten-BAföG“**

Ein Vorschlag, den die Freien Demokraten nicht für finanzierbar halten. Sie haben ein „Baukasten-BAföG“ entwickelt, mit dem alle Studierenden je nach ihren Bedürfnissen finanziert werden sollen. Die Pläne sehen vor, dass Studierende unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern 200 Euro bekommen. Weitere 200 Euro fließen, wenn sich die Studierenden ehrenamtlich engagieren oder eigene Kinder haben. Zusätzlich mit einem Minijob hätten Studierende dann die Möglichkeit, sich ihr Studium komplett alleine zu finanzieren. „So könnten junge Erwachsene unabhängig von ihren Eltern eigene Entscheidungen treffen“, sagt Jens Brandenburg. Alle Studierenden sollen aber nach den Vorstellungen der FDP auch die Möglichkeit bekommen, zusätzlich ein zinsfreies Darlehen zu beantragen, das nur zurückgezahlt werden muss, wenn sie später im Beruf ein entsprechendes Einkommen erzielen. Insgesamt könnten Studierende dann auf einen monatlichen Betrag von rund 1.000 Euro kommen. Diese Regelung soll für die Regelstudienzeit plus zwei Semester gelten.

Die AfD teilt mit, dass es das Ziel bleiben muss, begabten

**Wir sind die einzige Fraktion, die auch schon in den vergangenen zwei Legislaturperioden einen Hochschulsozialpakt eingefordert hat.**

**Nicole Gohlke**

**DIE LINKE.**



Kindern von Eltern mit geringem Einkommen ein Studium zu ermöglichen. Die Regelungen müssten vereinfacht werden, damit die Höhe der Förderung besser abzuschätzen sei.

### **Agenda 3: Zukunft der Hochschulen?**

Ganz allgemein wollten wir außerdem von den Parteien wissen, welche Pläne es noch gibt für die nächste Legislaturperiode. Wir haben deshalb diese offenen Fragen gestellt: Was sind Ihre Ziele in der Hochschulpolitik in den kommenden fünf Jahren? Und wie sieht für Sie das deutsche Hochschulsystem aus, wenn die Pandemie gut im Griff oder sogar beendet ist?

Die SPD will die Digitalisierung der Hochschulen voranbringen - und sieht den Bund in der Pflicht: „Die digitale Infrastruktur muss stärker als bisher mit Bundesmitteln ausgebaut werden“, sagt Oliver Kaczmarek. Innovationen in der Lehre müssten ebenso gefördert werden wie die Forschung. Auch wünscht sich die SPD, die Studierenden so schnell wie möglich wieder an die Hochschulen zu bringen und mehr Stabilität für das wissenschaftliche Personal zu schaffen.

Auch die FDP macht sich dafür stark, die technische Ausstattung an den Hochschulen zu verbessern sowie die Qualität der digitalen Lehre: „Wir brauchen eine neue Qualitätsoffensive in der Hochschullehre, die weit über die bisherigen Modellprojekte hinausgeht“, sagt Jens Brandenburg. Wichtig sei auch, die akademische Weiterbildung an Hochschulen zu stärken.

Die AfD strebt eine Rückkehr zur Präsenzlehre an. Außerdem will die Partei zurück zu den alten Studienabschlüssen Diplom und Magister.

Nicole Gohlke von der Linken macht noch darauf aufmerksam, dass der Mittelbau an Hochschulen dringend ausgebaut werden müsse. Viele Mitarbeitende erlebten einen enormen Publikationsdruck und seien unfreiwillig auf einer Teilzeitstelle. Mit einer Entfristung dieser Stellen könnte auch mehr Lehre angeboten werden: „Wir setzen uns dafür ein, dass Daueraufgaben auch über Dauerstellen gedeckt werden.“ Eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sei in dieser Legislaturperiode verpasst worden. Auch müsse dringend in den Hochschulbau investiert werden.

Ziele, die auch die Grünen verfolgen: „Hochschulen brauchen eine bessere Grundfinanzierung mit bester Lehre und besten Arbeits- und Studienbedingungen für Studierende und den wissenschaftlichen Mittelbau“, sagt Kai Gehring. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz müsse grundlegend reformiert werden, damit es verlässliche Berufs- und Karrierewege gebe und mehr Dauerstellen für Daueraufgaben. Mit einer Pauschale soll die Digitalisierung an Hochschulen vorangebracht werden,

außerdem sollen an Hochschulen neue Lösungen für klima- und ressourcenschonende Lebens- oder Arbeitsweisen vermittelt werden.

Neben einer ausreichenden Grundfinanzierung der Hochschulen und einer Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes macht Stefan Kaufmann von der CDU noch auf das Thema Transfer aufmerksam, also wie Forschungsergebnisse in die Gesellschaft kommuniziert und neue Unternehmen entstehen können. Wichtig sei ihm auch, die Rolle der Hochschulen für angewandte Wissenschaften weiter zu stärken.

### Und die ausländischen Studierenden?

Rund 400.000 internationale Studierende kamen im Wintersemester 2019/2020 nach Deutschland, auch sie müssen bezahlbaren Wohnraum finden und gut betreut werden. Wir haben die Parteien schließlich gefragt: Bund und Länder werben um ausländische Studierende, sie benötigen bezahlbaren Wohnraum und Betreuung. Was will Ihre Partei dafür tun?

Jens Brandenburg von der FDP ist der Meinung, dass vor allem die Studiengebühren für ausländische Studierende abgeschafft werden sollten, die es in Baden-Württemberg noch gibt. Die Visa-Vergabe sollte erleichtert werden, auch sollten Studienmodelle so entwickelt werden, dass eine digitale Vorbereitung im Heimatland bereits möglich ist: „Natürlich braucht es auch bezahlbaren Wohnraum. Das nützt internationalen Studierenden genauso wie inländischen.“

Nicole Gohlke von der Linken verweist noch einmal auf die 50.000 Wohnheimplätze, die ihre Partei fordert und die auch für ausländische Studierende zur Verfügung stehen sollten: „Es ist auch noch wichtig, die Mietkosten in den Griff zu bekommen. Deshalb setzen wir uns für einen bundesweiten Mietendeckel ein.“

Oliver Kaczmarek von der SPD betont, dass in seiner Partei der internationale Studienaustausch ausdrücklich gewünscht ist. Er macht sich auch dafür stark, dass ein Bund-Länder-Hochschulsozialpakt Studierende aus dem Ausland ebenfalls adressiert: „Es muss Beratungsleistungen und bezahlbaren Wohnraum geben.“

Die vielfältigen Willkommensinfrastrukturen, die es an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gibt, müssten weiterentwickelt werden, sagt Kai Gehring von den Grünen. Für Beratungsangebote müsse es ausreichend Ressourcen geben: „Wir brauchen auch eine zügige Visavergabe“, ergänzt der Politiker. In allen deutschen Auslandsvertretungen müssten Pandemie-konforme Abläufe für die Visavergabe und die Einreise von Talenten entwickelt werden: „Es kann nicht sein, dass Studierende und Forschende monatelang oder ganz vergeblich auf ein Visum warten müssen.“ Wissen-

**Wir setzen uns für  
eine Offensive  
für bezahlbares  
Wohnen ein.**

**Kai Gehring**



schaft brauche den Austausch über Disziplinen und Ländergrenzen hinaus – gerade in Corona-Zeiten.

Auch Stefan Kaufmann von der CDU sagt, dass Deutschland weiterhin attraktiv bleiben soll für Studierende aus aller Welt: „Es muss Anspruch jeder Hochschule sein, den internationalen Austausch zu fördern.“ Ausreichend Wohnheimplätze gehörten ebenso dazu wie entsprechende Beratungsangebote: „Wir wollen Exzellenz fördern und dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.“

Die Alternative für Deutschland ist der Meinung, dass Hochschulen vor allem für einheimische Studierende da sein sollten. Ausländische Studierende „sollten nur in begrenztem Umfang“ zugelassen werden.

### Fazit

Liest man sich durch die Wahlprogramme der Parteien und hört ihren Vertreter/-innen zu, könnte man fast den Eindruck bekommen, als sei vieles auf einem guten Weg. Doch wir wissen auch: Die Zeit des Wahlkampfs ist eine Zeit der Versprechen. Es bleibt also abzuwarten, ob eine Reform des BAföG nun endlich kommt, ob ein Hochschulsozialpakt ins Leben gerufen wird und ob Angebote für ausländische Studierende ausgebaut werden.

***Hinweis:** Die hier geäußerten Forderungen und Meinungen der Parteien geben den Stand Ende Mai 2021 wieder, bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe DSW-Journal.*



DIE AUTORIN

**Britta Mersch**, Jahrgang 1975, ist freie Journalistin in Köln. Sie beobachtet seit vielen Jahren die Hochschul- und Bildungspolitik von Bund und Ländern für Hörfunk, Print und Online. Sie ist gespannt, welche Vorhaben in der kommenden Legislaturperiode von den dann regierenden Parteien umgesetzt werden – und welche Ideen doch wieder verschwinden.

# »Eine überwältigende Kollegialität«

## ÜBERBRÜCKUNGSHILFE

Seit einem Jahr setzen in den Studierendenwerken gemischte Teams die Überbrückungshilfe der Bundesregierung für Studierende in pandemiebedingter Notlage um. Ein Ortsbesuch beim Ü-Hilfe-Team des Studierendenwerks Hamburg

TEXT: Armin Himmelrath FOTOS: Kay Herschelmann

Im Schlafzimmer und im Wohnzimmer, an einem kleinen Lino-  
leumtisch aus dem elterlichen Bauernhof und natürlich auch im  
Büro auf dem Campus: Überall in Hamburg geben Mitarbeiterin-  
nen und Mitarbeiter des Studierendenwerks Hamburg viel Geld aus  
- und werden dafür auch noch ausdrücklich gelobt.

Normal? Isabel Romano muss ein bisschen lachen. „Normal“, sagt sie dann, „normal ist gerade gar nichts“. Dann korrigiert sie sich: fast gar nichts. Denn an diesem Montagmorgen im Juni 2021 arbeitet sie immerhin in ihrem Büro auf dem Campus und nicht im Homeoffice. Romano ist Abteilungsleiterin Soziales & Internationales beim Studierendenwerk Hamburg. Seit über einem Jahr, seit die Coronakrise fast alle Normalität auch für Studierende hinweggefegt hat, ist noch ein weiterer Job dazugekommen: Isabel Romano ist auch Projektleiterin für die „Überbrückungshilfe des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für Studierende in pandemiebedingter Notlage“, wie diese Hilfe offiziell heißt. Seit Juni 2020 setzen die 57 im Deutschen Studentenwerk organisierten Studenten- und Studierendenwerke diesen Online-Zuschuss um, mit Ausnahme des Oktobers 2020, als diese Hilfe einen Monat pausierte.

100 bis 500 Euro gibt es pro Monat, als nicht rückzahlbarer Zuschuss und nur dann, wenn eine pandemiebedingte Notlage vorliegt und die Studierenden nachweislich so gut wie kein Geld mehr auf ihrem Konto haben. Das Online-Antragsverfahren ist einfach, trotzdem tauchen immer wieder Fragen auf: Was ist beispielsweise, wenn Studierende - was in seltenen Fällen vorkommt - Arbeitslosengeld erhalten? Wie sind bestimmte familiäre Konstellationen zu bewerten, etwa bei der

Versorgung von Angehörigen? Was ist mit internationalen Studierenden, die ja für ihr Visum Geld zurücklegen mussten? Fragen, die einheitlich und rechtssicher geklärt werden müssen.

„Das ist ein unglaublich tolles Team“, sagt Isabel Romano über ihre fast 30 Kolleginnen und Kollegen, die zeitweise für die Überbrückungshilfe gearbeitet haben - und die sonst in ganz anderen Bereichen des Studierendenwerks Hamburg eingesetzt werden. Vom Mensaleiter bis zum stellvertretenden Kitaleiter, von der Kassiererin im Service bis zur Expertin für Studienfinanzierung: „Wir kommen aus allen möglichen Abteilungen des Studierendenwerks - und viele haben sich innerhalb kürzester Zeit mit einer Materie vertraut gemacht, mit der sie sonst gar nichts zu tun haben“, erzählt Romano.

### „Wahnsinnig viel Know-how“

Ihre Augen leuchten, wenn sie davon berichtet, wie diese Gruppe zusammengewachsen sei, obwohl man sich gegenseitig fast nur aus Videokonferenzen kenne: „Wir alle verstehen uns als Ermöglicher, als Lobby für die Studentinnen und Studenten. Wir wollen, dass es den Studierenden durch unsere Arbeit besser geht!“ Deshalb sei dieser Montag Anfang Juni 2021 ein bisschen schwierig, sagt Romano: Weil die Überbrückungshilfe absehbar im September 2021 ausläuft und die Zahl der Anträge zurückgeht, musste das Team wieder verkleinert werden. Und das war, wegen der guten Arbeitsatmosphäre, so traurig, dass Tränen flossen. „Das sind alle so großartige Kolleginnen und Kollegen mit so wahnsinnig viel Know-how. Unglaublich, welche



Isabel Romano ist Abteilungsleiterin Soziales & Internationales. Während der Pandemie hat sie die Projektleitung für die Überbrückungshilfe in Hamburg übernommen und die Arbeit von 30 Kolleginnen und Kollegen in der Überbrückungshilfe des Studierendenwerks Hamburg koordiniert.



Franz Maletzki

»Wenn jemand schreibt, dass ihm durch fehlendes Trinkgeld Hunderte Euro im Monat fehlen – dann weiß ich, dass das stimmt.«

Frank Maletzki, Chef der Mensa des Studierendenwerks Hamburg

Verbundenheit wir untereinander aufgebaut haben.“ Und das über alle Distanzen hinweg. Michael Radtke zum Beispiel, der aus der BAföG-Sachbearbeitung kommt, ist an diesem Morgen aus dem Homeoffice zugeschaltet – wie immer seit dem November 2020. Da war er zum letzten Mal im Büro, erzählt der 32-Jährige. Statt am Schreibtisch arbeitet er seither von zu Hause aus, im Schlafzimmer hat er sich einen Arbeitsplatz eingerichtet. Und weil die Kita seiner Tochter wochenlang zu war, organisierten sich Radtke und seine Partnerin ihren eigenen Kinderbetreuungs- und Arbeitsrhythmus.

„Meistens habe ich zwischen 6 und 12 Uhr gearbeitet, mich danach um die Kleine gekümmert. Und dann saß ich abends ab 18 Uhr oder 20 Uhr nochmal am Rechner“, erzählt er. In der Überbrückungshilfe fungiert Radtke als Teamleiter, zuständig für sechs Leute, „die ich vorher überhaupt nicht kannte und von denen ich bisher nur eine einzige Person tatsächlich einmal persönlich getroffen habe“. Trotzdem gerät er sofort ins Schwärmen: Sein Team habe „eine begeisternde Flexibilität und eine intensive und überwältigende Kollegialität“ an den Tag gelegt, sagt Michael Radtke. Der berührendste Moment sei gewesen, als die Überbrückungshilfe im Herbst 2020 eingestellt werden sollte: Zutiefst emotional sei die im Oktober 2020 anberaumte, vermeintlich letzte virtuelle Teamsitzung gewesen. „Nachdem uns dieses Projekt so stark zusammenschweißte hatte, konnten wir einfach nicht glauben, dass es das jetzt gewesen sein sollte.“

War es dann auch nicht: Nach einem Monat Pause im Oktober 2020 wurden die Notfall-Zahlungen wieder aufgenommen. „Die Überbrückungshilfe war und ist sehr wichtig für die Studierenden“, sagt Jürgen Allemeyer, Geschäftsführer des Studierendenwerks Hamburg: „Wir haben uns dafür auch auf Bundesebene stark eingesetzt und sind froh, dass unser Engagement so erfolgreiche Früchte getragen hat.“ Die Gründe für die finanzielle Not der Studierenden seien zum einen der Wegfall von Nebenjobs – hauptsächlich in der Gastronomie und im Groß- und Einzelhandel – sowie die ausbleibende Unterstützung der Eltern, sagt Allemeyer und fordert: „Solange es noch pandemiebedingte Einschränkungen bei der

Johanna Holst

»Ich spreche hier täglich mit Menschen, die ich sonst nie getroffen hätte.«

Johanna Holst, arbeitet nach der Elternzeit im Überbrückungshilfe-Team des Studierendenwerks Hamburg

Jobsuche und bei der finanziellen Absicherung der Studierenden gibt, sollte die Überbrückungshilfe auch über den September 2021 hinaus bewilligt werden können.“

### Hilfe für Studierende als Mission

Dann wäre auch Frank Maletzki weiter gefragt. „Ich habe in den vergangenen Monaten ziemlich viel Geld ausgegeben“, sagt Maletzki und grinst. Normalerweise kümmert sich der 50-Jährige um über 2.000 Essen, die er als Mensachef auf dem Hamburger Campus täglich an Studierende ausgibt. „Dass ich jetzt acht Stunden am Rechner sitze, ist schon eine ganz schön große Umstellung.“ Doch die Mensa ist pandemiebedingt geschlossen und

#### Hamburg: Mehr als 21.000 Mal Überbrückungshilfe

Das Team des Studierendenwerks Hamburg hat knapp ein Jahr nach Einführung der Überbrückungshilfe eine beeindruckende Marke geknackt: Zehn Millionen Euro, die vom Bund bereitgestellt worden sind, wurden in Hamburg bisher insgesamt bewilligt; 21.000 Anträge von Studierenden konnten positiv entschieden werden. Wie groß die Not bei den Betroffenen ist, zeigt die Tatsache, dass bei vier Fünfteln der Anträge der volle Zuschuss von 500 Euro monatlich bewilligt wurde.

#### Top-10-Staaten nach eingereichten Anträgen beim Studierendenwerk Hamburg:

Rang	Staatsangehörigkeit	Anteil aller eingereichten Anträge
1	Deutschland	72,94 %
2	Syrien	3,99 %
3	Türkei	2,64 %
4	Iran	1,59 %
5	Indien	1,24 %
6	Vietnam	0,91 %
7	China	0,87 %
8	Russland	0,86 %
9	Indonesien	0,79 %
10	Kamerun	0,65 %

Fotos: Kay Herschelmann

**Birte Aye**

**»Ich freue mich immer noch, Teil des Überbrückungshilfe-Teams zu sein. Wenn das weg ist, wird mir etwas fehlen«**

Birte Aye,  
Leiterin des Beratungszentrums Studienfinanzierung des Studierendenwerks Hamburg



wird umgebaut, Lebensmittel muss der gebürtige Rheinländer derzeit nicht ordern, und auch keine Menüs planen. Stattdessen klickt sich Maletzki durch die Überbrückungshilfe-Anträge und erlebt die Studierenden dadurch noch einmal ganz anders. „Vielen geht es wirklich nicht gut, die haben riesige Sorgen“, sagt er. „Denen wollen wir natürlich helfen, das ist unsere Mission.“ Da er ja selbst aus der Gastronomie komme, kenne er die Situation, dass bei weggefallenen Kneipenjobs nicht nur das direkte Gehalt, sondern auch die ausbleibenden Trinkgelder schmerzhaft Lücken ins Portemonnaie reißen: „Wenn jemand schreibt, dass ihm dadurch Hunderte Euro im Monat fehlen - dann weiß ich, dass das stimmt.“ Auch Birte Aye kennt diese Notlagen von Studierenden. Normalerweise kümmert sie sich als Leiterin im Beratungszentrum Studienfinanzierung um solche Fälle - aktuell aber holt sie sich die Akten in ihrer kleinen Altbauwohnung in Hamburg-Altona auf den Bildschirm. „Ich freue mich immer noch, Teil des Überbrückungshilfe-Teams zu sein“, sagt Aye: „Wenn das weg ist, wird mir etwas fehlen.“ Von Anfang an habe sie sich sehr mit dem Projekt identifiziert und sei bis heute davon berührt, „dass wir alle so stark an einem Strang gezogen haben“.

Im Büro hat Aye einen höhenverstellbaren Schreibtisch - hier, im Wohnzimmer, nutzt sie ein kleines, antikes Linnoleumtischchen. „Der stammt vom Bauernhof meiner Familie und stand da auf dem Dachboden“, erzählt sie. Der Hocker dagegen kommt aus dem Schlafzimmer ihrer Eltern - und ergänzt das gemütliche Arbeitsambiente perfekt. Vom Design her stört da eigentlich nur der moderne Laptop. Den aber braucht die Finanzierungsexpertin natürlich: zum Beispiel, um jetzt die aktuellen Statistiken zur Nothilfe zu verschicken.

**„Wir lassen zu uns kommende Studierende nicht im Stich“**

Und die sind beeindruckend. „Seit Juni 2020 haben wir an 7.237 Hamburger Studierende aus über 110 Ländern Überbrückungshilfe ausbezahlt“, sagt Geschäftsführer

Jürgen Allemeyer: „Rund 73 Prozent dieser Studierenden haben die deutsche Staatsbürgerschaft, die übrigen kommen aus der ganzen Welt“ (vgl. Grafik, S. 26). Das sei eine gute Botschaft aus Hamburg als internationaler Hochschulstandort: „Wir lassen zu uns kommende Studierende nicht im Stich.“

Johanna Holst unterschreibt diesen programmatischen Satz sofort. Sie lebt mit ihrem Mann und den beiden Kindern in Hamburger Süden, mit Blick ins Grüne, und kam nach der Elternzeit zurück ins Studierendenwerk Hamburg, als Corona gerade alles umgekrempelt hatte. Am großen Esstisch im Wohnzimmer hat sie ihren Arbeitsplatz eingerichtet, und Yannik, zwei Jahre alt, freut sich natürlich, dass er auf diese Weise der Mama immer mal wieder helfen kann. „Hier kann ich mich außerdem bewegen und es ist wunderbar hell“, sagt Holst und zeigt auf die großen Panoramascheiben.

Im Überbrückungshilfe-Projekt ist sie unter anderem für alles Organisatorische zuständig: „Ich mag es, Sachen ans Laufen zu bringen, auch wenn es stressig ist.“ Das Büro? Ja, sagt Holst, das vermisse sie total. Aber in einem Büro mit geschlossener Tür zu sitzen, ohne direktes Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen? „Ich brauche den Austausch, die Kommunikation“, bekräftigt sie. Und deshalb sei dieses Team auch so großartig: „Ich spreche hier täglich mit Menschen, die ich sonst nie getroffen hätte.“

Und dann sagt Johanna Holst den Satz, den an diesem Tag fast alle so oder ähnlich sagen: „Ich freue mich einfach riesig auf den Moment, wenn wir uns alle zusammen treffen und wirklich in die Augen schauen können.“ Und in dem dann gefeiert werden kann, wie gut das Team über ein Jahr lang die Studierenden in Not unterstützen konnte.



**Jürgen Allemeyer**

»Solange es noch pandemiebedingte Einschränkungen bei der Jobsuche und bei der finanziellen Absicherung der Studierenden gibt, sollte die Überbrückungshilfe auch über den September 2021 hinaus bewilligt werden können«

Jürgen Allemeyer,  
Geschäftsführer des Studierendenwerks Hamburg



**DER AUTOR**

**Armin Himmelrath** ist freier Bildungs- und Wissenschaftsjournalist in Köln.

# #MEHRbewEGen

## WENIGER MÜLL

Essen to go und Nachhaltigkeit müssen kein Widerspruch sein.  
Das Studentenwerk Osnabrück zeigt, wie das geht.

TEXT: Marijke Lass    FOTOS: Moritz Münch

Lénárd Kókai und Frederik Stuhlemmer stehen mit FFP2-Maske und 1,50 Meter Abstand in der Schlange vor der Essenausgabe in der Mensa Schlossgarten des Studentenwerks Osnabrück. In der Hand halten beide eine Mehrwegschaale mit der Aufschrift „MEHRbewEGen Studentenwerk Osnabrück“.

Die Mensa Schlossgarten ist eine von drei Mensen des Studentenwerks Osnabrück, die aktuell geöffnet sind und Essen to go anbieten. 1.400 Portionen werden täglich in diesen drei Mensen zum Mitnehmen über den Tresen gereicht. Tendenz steigend.

Heute gibt es Lasagne, Kókais Lieblingsgericht in der Mensa, und alternativ Spargel und Kartoffeln mit Kräutersoße oder Butter. Die beiden Studenten kommen fast jeden Tag hierher. Zum Transport ihres Essens haben sie die Wahl zwischen einer biologisch abbaubaren Zuckerrohr-Einwegschaale oder einer Mehrwegschaale. „Das ultimative Argument für Mehrwegschaalen ist der Zuschlag von 30 Cent auf jede Zuckerrohr-Einwegschaale. Das bedeutet weniger Müll und weniger Geld“, erklärt der 27-jährige Kókai, der Musical an der Hochschule Osnabrück studiert. Eine einfache Rechnung.

### Mehr Mehrweg ist weniger Einweg

In Deutschland fielen nach Informationen der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung im Jahr 2017 rund 346.416 Tonnen Abfall in

Form von Einweggeschirr und To-go-Verpackungen an. Viel Müll, der vermieden werden könnte. Mit der Einwegkunststoffverbots-Verordnung (EWKVerbotsV), die am 3. Juli 2021 in Kraft tritt, wird nun das Inverkehrbringen von bestimmten Einwegkunststoffprodukten und generell von Produkten aus oxo-abbaubarem Kunststoff verboten. Das bedeutet, dass Einwegkunststoffprodukte wie Besteck, Teller, Trinkhalme, To-go-Lebensmittelbehälter in Zukunft verboten sind.

Doch die 57 Studenten- und Studierendenwerke in Deutschland beschäftigen sich schon länger mit dem Thema Mehrweg. Für Kaffee und Tee gibt es schon seit Jahren unterschiedliche Mehrweg- und Pfandsysteme in ihren bundesweit mehr als 950 Mensen und Cafeterien. „Wenn wir als Studenten- und Studierendenwerke nicht gemeinsam etwas für Nachhaltigkeit tun, wer soll es dann machen?“, fragt Stefan Kobilke, Geschäftsführer des Studentenwerks Osnabrück. „Außerdem erwarten unsere Gäste das von uns, und wir haben als großer Gemeinschaftsverpfleger eine Verantwortung zu tragen.“

Was es heißt, Verantwortung für die Gäste zu tragen, spürte das Studentenwerk im Jahr 2020 nur zu deutlich. Mit der Corona-Pandemie mussten die sechs Mensen und Cafeterien des Studentenwerks Mitte März 2020 erst einmal schließen. „Das war für uns eine Herausforderung, aber auch der Auslöser für das Mensa-to-go-Angebot, das wir seit Anfang Mai 2020 anbieten“, erklärt Theo Thöle, Leiter Hochschulgastronomie des Studentenwerks Osnabrück. „Wir hatten schon länger als



Malte Rohmoser und Eva Wübben holen sich gern auch mal zwei Portionen - natürlich in Mehrwegschalen. Eine Mehrweglösung für den Nachtisch konnte erfreulicherweise zwischenzeitlich auch umgesetzt werden.

Studentenwerk Osnabrück  
Leb's besser leben!

Einfach! Praktisch! Nachhaltig!

**Deine Mehrweg-Schale**

-  Für Mehrweg-Schale entscheiden
-  7 € Pfand hinterlegen
-  Mensa To Go genießen
-  Rückgabe der gespülten Schale



**Stefan Kobilke**

»Wenn wir als Studenten- und Studierendenwerke nicht gemeinsam etwas für Nachhaltigkeit tun, wer soll es dann machen? Außerdem erwarten unsere Gäste das von uns, und wir haben als großer Gemeinschaftsverpfleger eine Verantwortung zu tragen.«

Stefan Kobilke, Geschäftsführer des Studentenwerks Osnabrück



**Finn Delker**

»Ich habe mich vorher schon manchmal etwas schlecht gefühlt, wenn ich die Einwegschalen nehmen musste.«

Finn Delker, Student im 4. Mastersemester Anglistik und Sachunterricht an der Universität Osnabrück

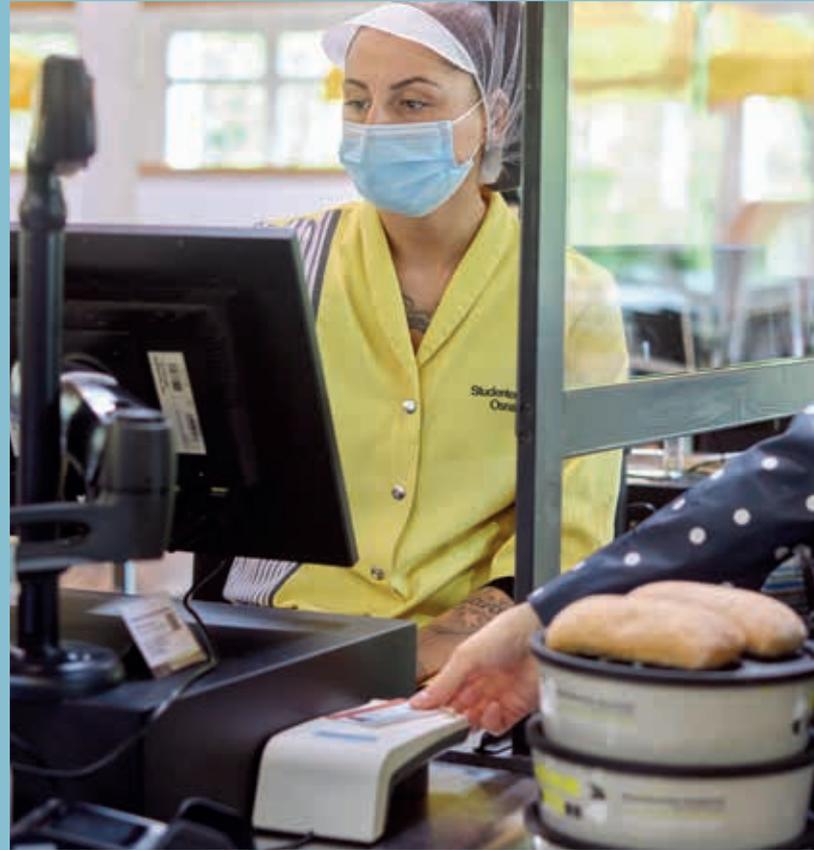


Serviceerweiterung über ein zusätzliches Außer-Haus-Angebot nachgedacht, aber wir wollten keine Verpackungen aus Zuckerrohr oder Bambus wegen der Müllberge, die wir damit produzieren“, so der 53-Jährige. Da sich kurzfristig aber keine Mehrwegschalen organisieren ließen, weil sie erst produziert werden mussten, arrangierte sich das Studentenwerk mit den biologisch abbaubaren Zuckerrohrschalen.

### **Kaum da und schon wieder weg**

Doch schon nach kurzer Zeit quollen die Mülltonnen im Schlosspark rund um die Mensa mit Zuckerrohrschalen über. Das sah auch Simon Hellbaum kritisch. Der 27-jährige Geschichts-Student fragte in der Mensa nach, ob er seine eigene Tupperdose mitbringen dürfe. Aber aus hygienischen Gründen dürfen diese nicht hinter die Theke gereicht werden. Daher war Hellbaum auch einer der ersten, der sich sofort eine Mehrwegschale holte, als sie verfügbar waren. Das Studentenwerk hatte erst einmal testweise eintausend Mehrwegschalen vom regionalen Anbieter Ornamin bestellt. Die Mehrwegschalen sind aus 100 Prozent Qualitätskunststoff, BPA-frei, geschmacksneutral, bruchfest und in Deutschland produziert. Leider dauerte es bis November 2020, bis sie geliefert wurden, denn „der Lieferant hatte Lieferengpässe und dann auch noch selber Corona-Probleme“, so Thöle. Doch kaum waren die Mehrwegschalen da, waren sie auch schon wieder vergriffen. Sie gingen weg wie warme Semmeln. Das

Studentenwerk orderte sofort weitere 5.000 Mehrwegschalen, die im Februar 2021 geliefert wurden. Und warum setzte das Studentenwerk nicht auf ein anderes System wie zum Beispiel Relevo oder Rebowl, das auch von anderen Studierendenwerken genutzt wird? „Wir wollten auf jeden Fall etwas eigenes haben und auf keinen Fall über Drittanbieter gehen und Abgaben haben oder Schalen mit anderen teilen müssen“, erklärt Thöle. Hinzu komme, dass das Studentenwerk bereits die Bowl-Schalen von Ornamin nutzte und mit dem Material bereits gute Erfahrungen gemacht habe. Außerdem sollte



Die Studierenden bestellen ihr Essen bis 11 Uhr am jeweiligen Tag über die SWOSY-App. Die Bestellnummer, die auf ihrem Handy erscheint, zeigen sie beim Abholen vor. Küchenchefin Jutta Püschel gleicht die Nummer ab. Bei Elisa Garcia an der Kasse wird das Essen dann kontaktlos bezahlt.



**Prof. Dr. Susanne Menzel-Riedl**

»Ich bin größter Mensa-Fan, und das nicht nur wegen des hervorragenden Essens! Dass innerhalb so kurzer Zeit unsere Mensa-Mehrwegschalen geschaffen wurden, aus denen man heiß bleibende Gerichte recht appetitlich essen kann, finde ich phänomenal. Auch zu Corona-Zeiten und teils widrigen Witterungsverhältnissen sah man Studis – mit Abstand – mit den Schalen auf dem Campus sitzen, um mal rauszukommen« und einfach präsent zu sein. Das hat unsere Mensa ermöglicht«

Prof. Dr. Susanne Menzel-Riedl, Präsidentin der Universität Osnabrück

die Schale ein eigenes Branding bekommen: MEHRbeWEGen. Der Slogan war eine Idee der Ökotrophologin Nathalie Pflaum. Eine Schale mit einer Botschaft, die die Unternehmensphilosophie des Studentenwerks Osnabrück in Worte fasst.

### Zufriedene Kunden

Bei den Gästen kam die Umstellung von Einweg- auf Mehrweggeschirr im To-go-Betrieb sehr gut an. „Im Dezember 2020 nutzten 52 Prozent der Gäste das Mehrweg-System, im April 2021 waren es schon 83 Prozent“, freut sich Thöle. Einer von ihnen ist Finn Delker. „Ich habe mich vorher schon manchmal etwas schlecht gefühlt, wenn ich die Einwegschalen nehmen musste“, gesteht Delker, der im 4. Mastersemester Anglistik und Sachunterricht studiert. Auch Melvin Töpfer ist begeistert: „Ich finde es cool, dass das Studentenwerk ziemlich schnell auf Mehrwegschalen und schnelles und kontaktloses Bezahlen umgestiegen ist - und dass Essen to go überhaupt möglich ist“. Der 22-Jährige studiert International Business Management an der Hochschule Osnabrück und holt sich fünf bis sechs Tage in der Woche sein Essen in der Mensa. „Wenn ich neben Studium und zwei Jobs noch ein Stündchen am Tag einkaufen, kochen und



Dr. Wilfried Hötter

»Ich bin dem Studentenwerk so dankbar für den super Service und das leckere Essen, das es uns trotz Pandemie und Lockdown jeden Mittag bietet. Danke!«

Dr. Wilfried Hötter, Vizepräsident für Personal und Finanzen der Universität Osnabrück

## Verschiedene To-go-Systeme in den Studenten- und Studierendenwerken

### Beispiele:



Studentenwerk Niederbayern/ Oberpfalz: 1.400 To-go-Essen täglich in Relevo- oder in eigenen Mehrwegbehältern



Seezeit Studierendenwerk Bodensee: 700 To-go-Essen täglich in einer mit Motiven der Region gestalteten Schale aus Bambusfasern und Maisstärke oder in eigenen Mehrwegbehältern



Studierendenwerk Rostock-Wismar: 1.700 To-go-Essen täglich in einer mit Motiven der Region gestalteten Schale aus Bambusfasern und Maisstärke oder in eigenen Mehrwegbehältern

abwaschen müsste, würde es eng“, so Töpfer. Und mit dem Klimateller habe das Studentenwerk zusätzlich zum Mehrweg-Pfandsystem auch noch ein durch und durch nachhaltiges Gericht im Angebot.

Dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinter der Unternehmensphilosophie stehen, merkt man sofort an der guten Stimmung in allen Mensen – vor und hinter der Theke. Und das, obwohl 97 Prozent der Mitarbeitenden in Kurzarbeit sind und in Wechselschichten arbeiten. „Wir machen das Beste aus der Situation. Und es ist schön zu sehen, dass die Gäste sowohl mit unserem Essen als auch mit dem Mehrweg-System und mit uns zufrieden sind“, freut sich Jutta Püschel, Küchenleiterin der Mensa Schlossgarten.

### Von A bis E: von der App bis zum Essen

Aufgrund des strengen Hygienekonzepts ist aktuell nur eine Essenausgabe geöffnet. Die Studierenden zeigen die Bestellnummer auf ihrem Handy vor und die Küchenchefin gleicht sie auf ihrer Liste ab. Dann geht es weiter zur Ausgabe, wo die Einweg-Zuckerrohrschale oder die



Essen vorab bestellen und in Einweg-Zuckerrohr- oder Mehrwegschalen abholen: Für die Studierenden Melvin Töpfer, Simon Hellbaum, Lénárd Kókai und Frederik Stuhllemmer (v. l. n. r.) ist das tägliche Routine.



Mehrwegschale – je nach Wunsch – mit dem bestellten Essen befüllt wird. Der direkte Weg führt dann zu einer der beiden Kassen, an denen heute Elisa Garcia und Barbara Külker sitzen. Dort zeigen die Gäste die gespülte alte Schale und geben sie in einen Rückgabebehälter. Danach wird das Essen kontaktlos per Karte bezahlt – und schon geht es eine andere Treppe wieder hinunter und raus in den Schlossgarten. Ganz ohne Gegenverkehr.

Die To-go-Menüs müssen bis spätestens 11 Uhr am jeweiligen Tag über die SWOSY-App bestellt werden. Das ist eine von zwei Osnabrücker Studenten entwickelte App. Seit Mai 2020 ist sie nun in Betrieb. Durch die Vorbestellungen kann das Studentenwerk nicht nur besser planen, wie viele Essen pro Tag gekocht werden müssen und wie viel Personal es dafür braucht, sondern es kann auch vorgeben, wie viele Leute in welchem Zeitfenster ihr Essen abholen dürfen. Damit kann das Hygienekonzept eingehalten werden, und die Gäste müssen nicht lange anstehen. „Außerdem sehen wir beim Bestellen in der App genau, was im Essen drin ist, wie viele Kalorien es hat, wie es zusammengesetzt ist. Wenn man viel Hunger hat, kann man abschätzen, ob das reicht oder ob man sich noch ein zwei-

tes Gericht dazu bestellt“, erklärt der Geografie- und Englisch-Student Malte Rohrmoser schmunzelnd. Die SWOSY-App ist damit ein Win-win-System für alle.

### Für die Zukunft bereit

Und wie geht es nach der Pandemie weiter? Bei der Antwort sind sich alle im Studentenwerk Osnabrück einig: Man müsse sich Neuem gegenüber öffnen, den Service erweitern und sich den Lebensgewohnheiten und veränderten Studienbedingungen stellen. „Und wir wollen nicht erziehen, sondern sensibilisieren, gemeinsam mit unseren Studierenden und Gästen nachhaltig zu sein“, erklärt Thöle. Und das scheint ihnen gelungen zu sein. Denn: MEHRbeWEGen heißt auch, gemeinsam Gutes zu tun, ohne anderen zu schaden.



**Theo Thöle**

»Wir wollen nicht erziehen, sondern sensibilisieren, gemeinsam mit unseren Studierenden und Gästen nachhaltig zu sein«

Theo Thöle, Leiter Hochschulgastronomie des Studentenwerks Osnabrück



### DIE AUTORIN

**Marijke Lass** arbeitet als Journalistin und Lektorin in Berlin. [www.mediamondi.de](http://www.mediamondi.de)

# Exzellenter Teamplayer

## MICHAEL HOCH

„Rektor des Jahres“, „Hochschulmanager des Jahres“: Titel und Erfolge hat Michael Hoch, der Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, zuhauf. Aber er hört lieber zu, als aufzutrumphen.

TEXT: Jan-Martin Wiarda FOTOS: Kay Herschelmann

**D**a ist die Geschichte mit der Toilette. Michael Hoch erzählt sie mit feinem Grinsen, während er im prunkvollen Amtszimmer des Bonner Universitätsrektors sitzt, über sich die vier Meter hohen Zimmerdecke, um sich herum die Gemälde von Königen und Fürsten. Als die britische Königin Elisabeth II. 1965 zum ersten Staatsbesuch in die Stadt kam und auch die Bonner Universität besuchte, forderte das Protokoll, dass ihr ein eigenes Örtchen zur Verfügung stehen müsse. Also wurde es nebenan extra eingebaut. Als Universität der damaligen Bundeshauptstadt wollte man sich nicht lumpen lassen! Dafür stolzierte Hochs Vorgänger auch wie selbstverständlich mit Bundespräsident, Queen und Oberbürgermeister aus dem Alten Rathaus heraus - in vollem Ornat und mit Amtskette.

Jetzt gibt es an der 1818 gegründeten Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn keinen königlichen Besuch mehr, der Bundespräsident empfängt die Staatsgäste meist in Berlin, und auf Elisabeths Toilette dürfen manchmal Michael Hochs Gäste. Wenn er denn mal hier ist. Denn sein eigentliches Büro hat er sich wegen der jahrelangen Sanierung des Hauptgebäudes längst woanders eingerichtet, ein Rektorat mit viel Licht und Möbeln in skandinavischem Stil.

Alle, die Michael Hoch kennen, sagen, das passe ohnehin viel besser zu ihm. Auf Protzerei lege der 143. Rektor der Universität Bonn keinen Wert. Dafür habe er die Hochschule zu der Größe geführt, die sie zuvor wie selbstverständlich beansprucht, aber allzu oft im akademischen Wettbewerb nicht eingelöst hatte.

### Sechs Exzellenz-Cluster

Hoch, 59, ist Professor für Entwicklungsbiologie, und gerade erneut von den Mitgliedern des Deutschen Hochschulverbands (DHV) zum „Rektor des Jahres“ gewählt worden. Wie schon 2020. 2019 hatte ihn bereits das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) zum „Hochschulmanager des Jahres“ gekürt. Das war kurz nachdem die Universität Bonn zum ersten Mal den Status einer Exzellenzuniversität errungen hatte. Noch dazu nach einem

Durchmarsch durch den Exzellenzwettbewerb, den so keine deutsche Hochschule zuvor geschafft hatte: mit sechs erfolgreichen Clustern.

Wer glaubt, so was gelinge nur Chefs mit Macher-Gestus wie Dieter Lenzen aus Hamburg oder scheinbar ewigen Patriarchen wie Wolfgang Herrmann, der die TU München ein Vierteljahrhundert wie ein Unternehmen leitete - den lässt die Begegnung mit Michael Hoch verblüfft zurück. Offenes Gesicht, kurzgeschnittene, schütterere Haare, leise Stimme, sparsame Mimik. Typ netter, aber zurückhaltender Nachbar von nebenan. Einer, den man schnell mal übersieht. Wenn er zu einer Veranstaltung kommt und man ihn lässt, setzt er sich erstmal in die letzte Reihe und hört still zu. Manchmal bleibt es dann auch beim Zuhören.

Und genau das, sagen viele in Bonn, habe seinen Durchmarsch überhaupt erst möglich gemacht. Denn Selbsttäuschungen und große Auftritte habe es vorher genug gegeben. Allein dreimal war die Universität, die so große Stücke auf sich selbst hält, beim Versuch gescheitert, den Exzellenztitel zu erobern - während dies sogar dem Dauerrivalen in Köln gelang. An der Qualität der Bonner Forscherinnen und Forscher lag das nicht. Einige ihrer Disziplinen wie die Mathematik spielten schon lange vor Hoch an der nationalen und internationalen Spitze mit.

Doch gelang erst dem 2015 ins Amt gekommenen Rektor Hoch, an einer Universität der Einzelgänger so etwas wie Gemeinschaftsgeist zu entfachen. „Ich bin jemand, der gern mit Menschen zusammen ist“, sagt Hoch über sich selbst. „Ich habe eine Empathie für andere in mir, und das hilft mir, mit allen zu kommunizieren. Vom Hausmeister über den Fahrer bis zu den Professorenkollegen, Institutsleitern und Dekanen.“ Bei anderen würde sich das nach Selbstlob anhören. Bei einem wie Hoch, wie er das so ruhig dahersagt und noch dazu mit einem „gell“ versieht, klingt es nach einer nüchternen Situationsbeschreibung. Hoch genieße „einen sehr großen Rückhalt in allen Gruppen der Universität“, lobte der Bonner Universitäts-Senatsvorsitzende Rainer Hüttemann Ende Oktober 2020. „Der Rektor ist ein Teamplayer, der es versteht, die Hochschulangehörigen für ambitionierte



**Michael Hoch über ...**

**... die Exzellenzstrategie:** „Eine großartige Initiative von Bund und Ländern, mit der es gelungen ist, an den Universitäten international sichtbare Profildomänen zu schaffen.“

**... die Bedeutung der Universität Bonn für die Stadt Bonn:** „Die Universität ist mit der Stadt gewachsen, und die Stadt hat sich mit der Universität entwickelt. Beide verbindet 200 Jahre gemeinsame Geschichte.“

**... die Rolle der Universitäten in der Pandemie:** „Die Universitäten haben die Pandemie gut gemeistert, aber auch noch einmal erkannt, wie wichtig Präsenzlehre ist.“

**... die Zukunft der Lehre:** „... wird durch das Miteinander von Präsenz und digitalen Elementen charakterisiert sein.“

**... das Studierendenwerk Bonn** „... ist eine wunderbare Einrichtung, die unsere Studierenden umsorgt und es der Universität ermöglicht, international erfolgreich zu sein.“



Ziele zu begeistern und diese gemeinsam mit ihnen zu erreichen.“

**„Eine neue Epoche auf sehr leisen Füßen“**

Da hatten Senat und Hochschulrat ihn gerade ohne Gegenkandidaten in eine zweite Amtszeit gewählt - nachdem sie ihn vorher explizit um eine erneute Kandidatur

gebeten hatten. Was wiederum nicht von ungefähr kam: Sogar die Exzellenzstrategie-Gutachter hatten, so ist zu hören, während ihrer Begehung der Universität Bonn empfohlen, den Mann an der Spitze auf keinen Fall gehen zu lassen. Mit Michael Hoch sei „eine neue Epoche auf sehr leisen Füßen nach Bonn gekommen“, sagt Thomas Grünewald, früherer Wissenschaftsstaatssekretär in Nordrhein-Westfalen (NRW) und jetzt Präsident der Hochschule Niederrhein in Krefeld.

Wobei: So neu auch nicht. Hoch ist seit 1999 in Bonn, er war Gründungsdirektor des zur Universität gehörenden interdisziplinären Forschungszentrums LIMES (Life and Medical Sciences), langjähriger Sprecher eines dort ansässigen DFG-Sonderforschungsbereichs und 2012 Gründungsmitglied eines von damals nur zwei geförderten Exzellenzverbänden, „Immuno Sensation“ - dessen Bewerbung 2018 erneut erfolgreich war. Hoch hatte also das in Bonn so wichtige wissenschaftliche Standing und die Vernetzung - und er hatte schon vor seiner Wahl zum Rektor bewiesen, dass er unterschiedliche Wissenschaftlerpersönlichkeiten zusammenhalten kann.

Ja, mehr als das: Er, der so unpräzise daherkommt, kann die reichlich vorhandenen übergroßen Egos womöglich deshalb so gut führen, weil sie gar nicht merken, geführt zu werden.

**„Er reißt freundlich lächelnd Mauern ein“**

Denn einen Fehler sollte man nicht machen, sagt zum Beispiel Hochs Amtskollegin Anja Steinbeck von der Universität Düsseldorf: das, wie sie sagt „angenehme Fehlen männlicher Platzhirsch-Attitüden“ mit fehlender Durchsetzungsstärke zu verwechseln. „Er reißt freundlich lächelnd Mauern des Widerstands ein“, sagt Steinbeck. „Und wenn sie eingerissen sind, hält er die Position.“ Das sei auch bei der Landesrektorenkonferenz so: Hoch gehöre nicht zu den Kollegen, die sich bei jeder Gelegenheit zu Wort melden. „Doch wenn er etwas sagt, ist er außergewöhnlich präzise und klar.“

Und ist dabei mitunter sogar weniger kompromissbereit als andere: Hoch gilt als einer der härtesten Gegner eines Promotionsrechts der Fachhochschulen, das in NRW über das Promotionskolleg für angewandte Forschung kommen soll. Auch eine Förderorganisation für Transfer und Innovation sieht er „zu diesem Zeitpunkt“, wie er sagt, skeptisch. Wenn Hochschulrektorenkonferenz, DFG, Wissenschaftsrat und viele Landeswissenschaftsminister/-innen mit guten Gründen gleichzeitig forderten, die Zahl der Exzellenzcluster zu erhöhen und 150 Millionen Euro zusätzlich in die Exzellenzstrategie zu packen, dann sei klar, dass man nicht alles haben könne. Prioritär sei, dass die „sehr erfolgreiche“ Exzellenzstrategie jetzt „auskömmlich“ finanziert werde.

„Am Ende“, sagt Hoch, „stehen wir in einem Verteilungswettbewerb, und da müssen wir Universitäten unsere Argumente und Interessen offen benennen.“ Das sind die Augenblicke, in denen der nette Herr Hoch zeigt, dass er auch anders kann. Und dass er ziemlich genau kalkuliert, was er wann, wo und wie sagt. Genau



wie er als Rektor, der so menscheln kann, die meiste Zeit über erstaunlich wenig von sich persönlich hergibt. Wenige wissen zum Beispiel, dass einer seiner zwei Söhne bis vor Kurzem an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Biologie und später Life Science Informatics studiert hat. Oder dass Hoch mit seiner Frau schon seit der Schulzeit zusammen ist, dass er erst ihr zum Studium hinterhergezogen ist und dann später sie ihm für seinen Beruf. Dass er vor der Pandemie jeden Sonntag mit ihr tanzen gegangen ist, als Tenor Mitglied in einem Gesangsquartett ist, in Jazzbands gespielt hat - und ein Dirigenten-Diplom hat. „Es gibt ja in jedem kleinen Ort eine Musikkapelle, eine davon habe ich geleitet“, sagt Hoch und muss über sich selbst grinsen, breiter als sonst. Für einen Augenblick hat er sich davontragen lassen. Doch schnell wechselt er wieder zum Dienstlichen, redet über seine Zeit am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen oder seinen ersten Ruf nach Bonn, direkt vom Nachwuchsgruppenleiter zum C4-Professor.

**Bewährungsprobe: die nächste Exzellenz-Runde**

Für seine neue Amtszeit, die im Mai 2021 begonnen hat, hat sich Hoch viel vorgenommen. Er will die Universität chancengerechter und diverser machen, den lange erschreckend niedrigen Anteil der Professorinnen bis 2026 auf 30 Prozent erhöhen. Sein Rektorat hat er schon paritätisch besetzt. Er will auch mehr Wissenschaftle-

rinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland holen, die 6.000 internationalen Studierenden besser betreut sehen und, das möglichst schnell, die Universität nach der Pandemie wieder für den Präsenzbetrieb öffnen. „Es gibt Studierende im dritten Semester, die ihre Universität noch nie von innen kennengelernt haben. Wir dürfen die sozialen und psychischen Folgen der langen Schließung nicht unterschätzen.“ Doch auch die Digitalisierung will Hoch weiter forcieren, denn „aus der Not heraus haben wir Formate entwickelt, mit denen wir viel mehr Menschen mit unseren Bildungsangeboten erreicht haben als je zuvor; darin steckt eine große Chance für die Zukunft.“

Das wichtigste Ziel aber muss Hoch sich nicht stecken. Das setzt sich von selbst. So groß der Exzellenz-Erfolg seiner ersten Amtszeit war, in seiner zweiten wird er daran gemessen werden. Schon Ende 2022 werden die Ausschreibungen für die nächste Cluster-Runde erwartet. Und dann muss Hoch auch zeigen, wie er die Geisteswissenschaften mitnimmt. Die Disziplinen, die traditionell in Bonn den Ton angaben, die zurzeit aber nur einen der sechs Exzellenz-Cluster stellen. Hätte es auch mit „Beyond Slavery“ nicht geklappt, sähe es heute in Bonn vermutlich weniger einträchtig aus. Zurzeit ist der Konflikt ein Stück weit zugedeckt. Verschwunden, waren manche, ist er nicht.

Zurück zu „the Queen’s private bathroom“. Elisabeth hat die Toilette Berichten zufolge nie benutzt. Dafür soll sie den Rektoren gute Dienste geleistet haben während der einen oder anderen studentischen Rektoratsbelagerung.



**ZUR PERSON**

**Prof. Dr. Michael Hoch**, geboren 1961 in Singen, ist seit 2015 Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er hat in Heidelberg und Bonn Biologie studiert, nach Promotion in München und Habilitation in Braunschweig ging er als Postdoc und Gruppenleiter ans Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen. 1999 wurde er zum Professor für molekulare Entwicklungsbiologie in Bonn berufen, zwischen 2006 bis 2015 war er Gründungsdirektor des zur Universität gehörenden LIMES-Instituts. Als Sprecher eines langjährigen Sonderforschungsbereichs und Gründungsmitglied eines Exzellenzclusters avancierte Hoch zum Hoffnungsträger, um als Rektor die Universität Bonn endlich zum Exzellenztitel zu führen. Was ihm 2019 mit der Rekordzahl sechs eingeworbener Cluster gelang.

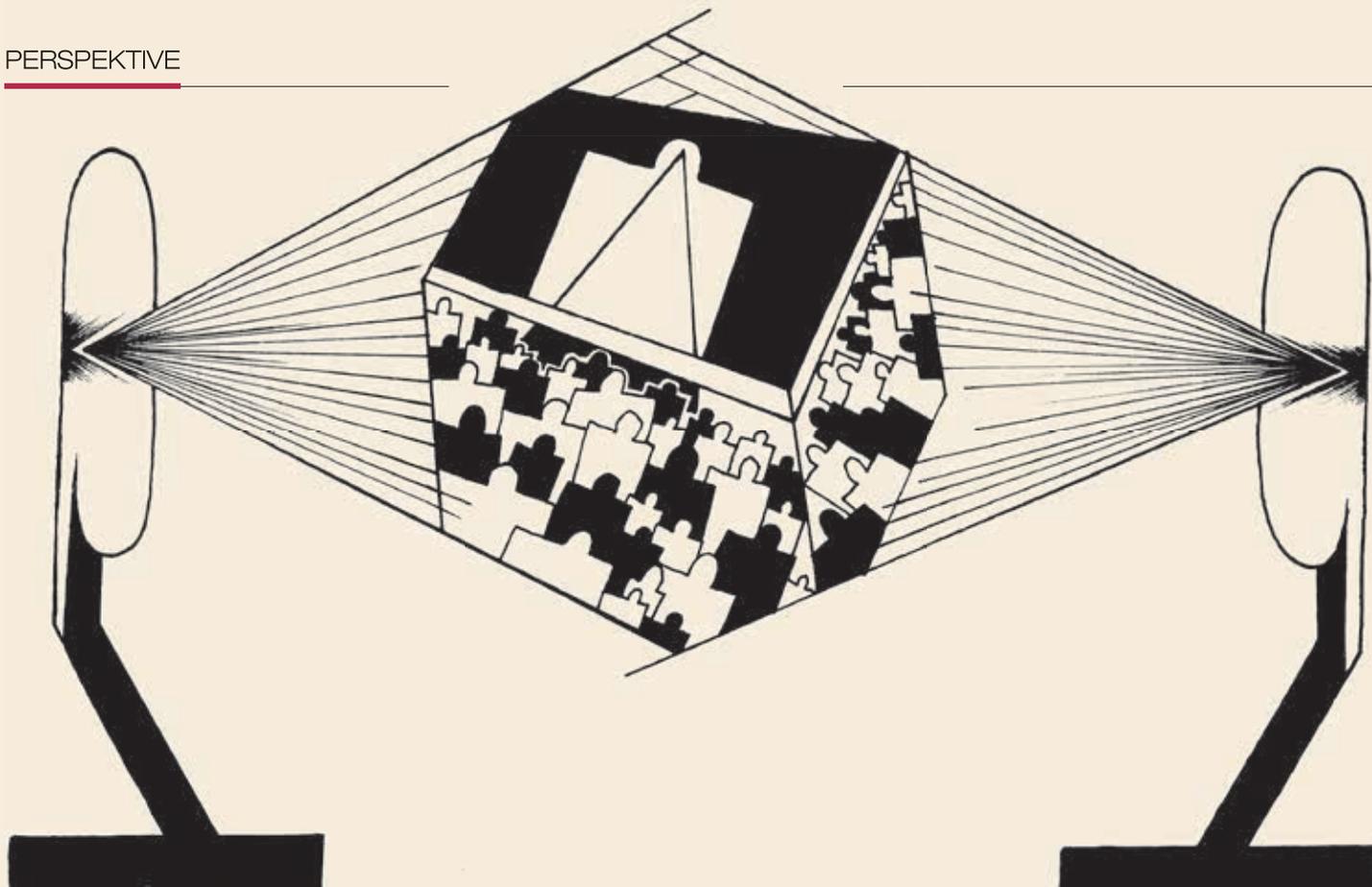
[www.uni-bonn.de/de/ universitaet/organisation/ rektorat/rektor](http://www.uni-bonn.de/de/universitaet/organisation/rektorat/rektor)

Fotos: Kay Herschelmann



DER AUTOR

**Dr. Jan-Martin Wiarda** ist Journalist, Moderator und Blogger. Beim Zoom-Gespräch mit Michael Hoch wurde ihm klar, wie sehr er sich darauf freut, nach Corona selbst mal wieder eine Universität von innen sehen zu können. [www.jmwiarda.de](http://www.jmwiarda.de)



# Zurück zur Präsenz!

## PANDEMIE-STUDIUM

Kommunikation mit der Blackbox statt gemeinsames Denken, autoritäres Zoom-Machtgefälle statt Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden: FAZ-Redakteurin **Heike Schmoll** plädiert für eine rasche Rückkehr zur Präsenz-Lehre.

Vorbemerkung der Autorin: Wegen der besseren Lesbarkeit und der Wertschätzung des generischen Maskulinums, das bekanntlich kein Sexus ist, wird auf gegenderte Formen verzichtet.

**E**ndlich wird es an den Universitäten wieder etwas Präsenz geben. Baden-Württemberg, Berlin und andere Länder haben sich auf den Weg gemacht, Veranstaltungen unter freiem Himmel und mit Testregimen zuzulassen. Für Studenten, die im dritten Semester noch nie ihre Universität von innen gesehen haben, wird es höchste Zeit. Manche haben Praktika vorgezogen, um die Einsamkeit am Laptop und die bleiernen Tage des Zuhausebleibens und digitalen Kommunizierens hinter sich zu lassen. Wer das nicht konnte, wird jedenfalls kein studentisches Leben geführt haben.

Nicht wenige haben wieder auf der Kante ihres Kinderbetts gesessen und die Erfahrung gemacht, die keinem erspart bleibt, wenn er nach Hause zurückkehrt: Kind bleibt man immer, und der Rückfall in alte Rollen-

muster ist geradezu unvermeidlich. Wer sich darauf gefreut hatte, nach dem Abitur selbstständig zu werden, über sein Geld und seine Zeit in den Grenzen des Bologna-Studiums selbst verfügen zu können, konnte nur tief enttäuscht werden. Viele haben ihre Nebeneinkünfte verloren und längst nicht alle konnten von der Unterstützung für Studenten in Not profitieren.

Die meisten Professoren haben sich der digitalen Lehre mit enormer Kreativität, Ehrgeiz und zuweilen auch mit origineller Didaktik gewidmet. Das gilt auch für Fächer, deren Distanz zu digitalen Medien in aller Regel als groß gilt: für Altphilologie und andere geisteswissenschaftliche Fächer. Nur in Einzelfällen haben Hochschullehrer es sich allzu bequem in ihrem heimischen Arbeitszimmer gemacht und die unliebsame Lehre im Netz den computeraffineren jungen wissen-

schaftlichen Mitarbeitern überlassen oder nur Aufgaben verschickt. Doch sie blieben die Ausnahme. Innerhalb der Universitäten hat sich eine große Dynamik entwickelt, sinnvolle hybride Modelle so zu etablieren, dass auch in postpandemischen Zeiten manche Vorlesung digital stattfinden wird. Und wenn die eine oder andere wissenschaftstouristische Veranstaltung mit Grußwortreigen entfallen würde, wäre darüber auch kaum jemand unglücklich.

Zugleich aber hat sich gezeigt, dass Seminare, Übungen, Praktika oder Oberseminare und Doktorandenkolloquien auf die Präsenz angewiesen sind. Denn die spontane Entwicklung eines Gesprächs, das Fragen und die nonverbale Verständigung durch Blicke, Gesten und Interaktion fallen weg. In den meisten Fällen saßen Hochschullehrer vor den schwarzen Kacheln, die nur Namen trugen. „Was geht den Professor mein Zimmer an?“, wird sich mancher gefragt haben. Für Hochschullehrer war das dann wie die Kommunikation mit der Blackbox. Keine mitdenkenden, wachen Gesichter, die Beteiligung zeigten, auch keine unverständigen Augen, die offenbar nicht folgen konnten. Stattdessen entwickelte sich nicht selten ein enormes Machtgefälle in der Kommunikation. In Zoom-Sitzungen bestimmt der Leiter der Sitzung die Richtung des Gesprächs und den Stellenwert der Gesprächsbeiträge, es entsteht unweigerlich ein autoritäres Gefälle, das selbstständig denkenden jungen Menschen nicht angemessen ist. In einer Präsenzveranstaltung kann sich das gemeinsame Arbeiten und Denken überraschend entwickeln. Das lebendige Seminargespräch kann Einwände zutage fördern, Argumente schärfen, es kann durch einen scherzhaften und spielerischen Austausch auch neue Räume erschließen. Im Idealfall bringt es Hochschullehrer wie Studenten gleichermaßen weiter, weil es unbequeme Fragen zulässt und das gemeinsame Ringen um Erkenntnis zeigt. Die unvorhersehbaren Einfälle und Zufälle sind es, die das universitäre Leben und die Lebensform des Studierens ausmachen.

Die von Wilhelm von Humboldt beschworene „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ definiert die Universität, und sie konnte während der Pandemie nicht erfahren werden. Bildung, die sich in Anlehnung an Humboldt als Selbstkonstruktion des Subjekts versteht, kommt dabei gleich zweifach ins Spiel, einerseits als Lebensform, als die Gemeinschaft der Erkenntnis Suchenden und andererseits in der forschenden Universität. Und die forschende Universität ist nur denkbar als die gemeinsame Suche von Hochschullehrern und Studenten nach Erkenntnis. „Ihr Wesen besteht daher darin, innerlich die objective Wissenschaft mit der subjectiven Bildung, äusserlich den vollendeten Schulunterricht mit dem beginnenden Studium ... zu verknüpfen“. All das fiel während der Pandemie aus.

Die Pandemie hat die schlechtesten Seiten des Bologna-Studiums noch einmal verstärkt: die verschulnten Elemente des Studiums – und damit manchen Studienanfänger abgeschreckt. Womöglich hat sich der Eindruck breitgemacht, es gehe nur um Reproduktion, um



**In Zoom-Sitzungen bestimmt der Leiter der Sitzung die Richtung des Gesprächs (...), es entsteht unweigerlich ein autoritäres Gefälle, das selbstständig denkenden jungen Menschen nicht angemessen ist**

Auswendiglernen und das Einsammeln von Credit Points, nicht um eigenständiges Denken und den Umgang mit Wissensgrundlagen, die das Verstehen über die Grenzen des eigenen Fachs hinaus erst möglich machen. Doch Fachlichkeit zu beherrschen, ist in Zeiten der hochgelobten Inter- und Transdisziplinarität nicht nur unbequem, sondern auch vernachlässigt worden. Die „Schule der Kunst des wissenschaftlichen Verstandesgebrauchs“ (Fichte) oder Humboldts „forschende Lehre und lehrende Forschung“ konnten nur bedingt vermittelt werden.

Wer nunmehr drei Semester und womöglich noch die ersten seines Studiums digital studiert hat, macht sich nicht nur Sorgen um die Zukunft, sondern wird auch erkannt haben, dass die entgangenen Monate eines erfüllten Studentenlebens nicht einfach nachgeholt oder ersetzt werden können.

Junge Wissenschaftler fürchten darum, dass ihre Zeitverträge nicht verlängert werden, so mancher Versuch in den naturwissenschaftlichen Fächern musste wiederholt werden, weil das Labor zeitweise unzugänglich war. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und andere Institutionen haben deshalb mit Recht darauf gedrungen, Promovierenden und anderen Wissenschaftlern mit Zeitverträgen entgegenzukommen und die Verträge zu verlängern. Oft genug durchkreuzt die Verlängerung die eigene Lebensplanung. Da ist es auch nur ein schwacher Trost, wenn den davon Betroffenen Resilienz, also die Fähigkeit bescheinigt wird, mit Widrigkeiten und nicht vorhersehbaren Ereignissen existenzieller Bedrohung umgehen zu können.

Studenten haben nicht nur geduldig Solidarität geübt, viele haben den Älteren, wenig computeraffinen Zeitgenossen auch geholfen, Impftermine zu buchen und vieles mehr. Nicht nur deshalb haben sie es verdient, bei den Lockerungen so viele Freiräume – wie in den Grenzen des Infektionsschutzes möglich sind – wiederzugewinnen. Denn auch und gerade nach der Pandemie ist Deutschland auf kreative, leistungsfähige Köpfe angewiesen, die jenseits der ausgetretenen Pfade denken und forschen.



DIE AUTORIN

**Dr. Heike Schmoll**, 59, ist Redakteurin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ); sie verantwortet bei der FAZ die Themen Schul- und Hochschulpolitik sowie wissenschaftliche Theologie



”

**BIONTECH AUS MAINZ, DAS  
IST ZIEMLICH COOL**

# 13 Fragen an ...

## CLEMENS HOCH, SPD

Minister für Wissenschaft und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz

### 1 *Wie können Sie den Studierenden helfen, die unter der Pandemie gelitten haben?*

Ich bin ganz sicher, dass das nächste Semester wieder mehr mit klassischem Studieren zu tun haben wird als die letzten drei Semester. Diese Perspektive eines normalen Studiums hilft, glaube ich, am meisten.

### 2 *Reicht es, vereinsamten Studierenden zu sagen, Ihr dürft bald wieder zurück in den Hörsaal?*

Es stimmt, viele Studierende haben nur ein oder zwei Kommilitonen kennengelernt. Das ist nicht das, was wir uns unter dem Leben eines Erstsemesters vorstellen: Kommilitonen kennenlernen, Propädeutika besuchen – aber auch Party machen!

### 3 *Werden Sie also mehr in psychologische Beratung investieren?*

Wir haben gesamtgesellschaftlich ein großes Defizit bei solchen Beratungsangeboten. Ob das ein spezifisches studentisches oder akademisches Problem der Studierenden ist, sollten wir uns gemeinsam ansehen. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben die Angebote bereits ausgebaut.

### 4 *Wird die Uni nach Corona noch dieselbe sein wie vorher?*

Nein. Ob die große Vorlesung im Audimax mit 500 Studierenden gleich wieder auf der Tagesordnung steht? Da bin ich nicht sicher. Was ich aber genau weiß ist, dass wir weiterhin sehr viele digitale Formate haben werden.

### 5 *Und wie sehen diese Formate aus?*

Es wird hybride Formate geben. Ich verstehe darunter einen klugen Mix von Präsenz- und Online-Angeboten. Und ich glaube, dass die Studierenden genau das haben wollen.

### 6 *Will ich als Student wirklich so viel online sein?*

Es gibt zugleich auch eine große Sehnsucht nach Präsenz – das merke ich an mir.

### 7 *Warum der Zuschnitt Ihres Ressorts „Wissenschaft und Gesundheit“?*

Das ist eine fantastische Kombination, von der ich mich wundere, dass keiner früher darauf gekommen ist.

### 8 *Sie wollen vom Glanz von BioNTech etwas abbekommen!*

Der Erfolg von BioNTech am Standort Mainz ist so eng mit Wissenschaft und Gesundheit verknüpft, dass man diese Kombi niemandem mehr erklären muss. Wir sind schon stolz, dass BioNTech aus Mainz kommt. Das ist ziemlich cool.

### 9 *Und problematisch: Big Pharma wird an der Johannes Gutenberg-Universität übermächtig.*

Bei BioNTech verkehren Sie Ursache und Wirkung. Das ist eine Entwicklung aus der Universitätsmedizin heraus. Professor Christoph Huber hat mit seiner Grundlagenforschung einen ganz neuen Mechanismus bearbeitet, mit dem das Immunsystem Krankheiten bekämpfen kann. Deswegen haben wir einen völlig neuen Impfstoff in einer wahnsinnigen Geschwindigkeit auf den Markt bringen können.

### 10 *Und was hat die Uni davon? Die fantastischen Gewinne dieser Entdeckung werden privatisiert.*

BioNTech reinvestiert diese Gewinne, und ich bin sicher, dass der Standort Mainz und die Universität Mainz vom Erfolg von Özlem Türeci und Ugur Sahin sehr stark profitieren werden.

### 11 *Ich kann als Journalist Kooperationsverträge der Pharmakonzerne mit der Uni Mainz nicht einsehen ...*

Es gibt inzwischen bei den Kooperationsverträgen der Boehringer Ingelheim Stiftung mit der Universität völlige Transparenz. Die Verträge sind seit drei Jahren öffentlich und online einsehbar.

### 12 *Viele Bundesländer vergeben Zuschüsse für den Bau von Wohnheimen an ihre Studierendenwerke. Warum Sie nicht?*

Günstige Kredite sind genauso viel wert wie bares Geld. Im Moment stellt sich aber eine ganz andere Frage: Bleibt es so, dass Studierende auch bei den vielen digitalen Angeboten noch ins Wohnheim ziehen wollen? Viele Studierendenwerke beklagen, dass ihr Wohnraum momentan gar nicht so stark nachgefragt wird.

### 13 *Der Campus von morgen: Haben Sie eine Idee?*

Ja, es werden enorme Anstrengung unternommen, um die Hochschulen vollständig zu digitalisieren. Wir werden 50 Millionen Euro in die Hand nehmen. Es geht darum, den ganzen Workflow der Interaktion zwischen Studierenden und Hochschule digital abzubilden. Das bedeutet wohl auch, dass sich das Campusleben verändern wird.

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Journalist, Buchautor und Pisaversteher christianfueller.com, Twitter: @ciffi

## ZUR PERSON

**Clemens Hoch**, 43, ist seit dem 18. Mai 2021 Minister für Wissenschaft und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz im nunmehr dritten Kabinett von Malu Dreyer (SPD). Hoch hat davor sieben Jahre lang die Staatskanzlei geleitet. Er studierte von 1998 bis 2003 Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Im Juni 2006 erhielt er seine Zulassung als Rechtsanwalt und arbeitete bis 2013 in einer Kanzlei. Hoch trat 1996 der SPD bei und saß nach Stationen in der Andernacher Kommunalpolitik von 2006 bis 2013 für die Partei im rheinland-pfälzischen Landtag. Im Jahr 2014 wurde er Chef der Staatskanzlei im Range eines Staatssekretärs. Clemens Hoch ist mit der Architektin Sandra Hoch verheiratet; das Paar hat drei Kinder.

<https://mwg.rlp.de/de/ministerium/minister-clemens-hoch/>  
Clemens Hoch auf Twitter: @clemenshoch

DSW-PRÄSIDENT ROLF-DIETER POSTLEP MACHT SICH FÜR DIE PANDEMIE-BELASTETEN STUDIERENDEN STARK

# Bund-Länder-Unterstützung auch für die Studierenden!

**D**ie Debatte um die psychosozialen Folgekosten der Pandemie im Bildungssystem wurde bisher ausschließlich mit Blick auf Kitas und Schulen geführt; die Hochschulen waren außen vor. Nun drängt sich die Frage auf: Was ist eigentlich mit den rund 2,9 Millionen Studierenden in Deutschland? Das Überbrückungshilfe-Paket der Bundesregierung für Studierende, bestehend aus vorübergehend zinsbefreitem KfW-Studienkredit und dem über die Studierendenwerke organisierten Online-Zuschuss, war ein erster wichtiger Schritt – nun müssen aber weitere Schritte folgen! Die Studierenden haben klaglos drei digitale Semester durchgehalten, aber das fordert nun seinen Tribut: Die Nachfrage nach psychosozialer Beratung steigt stark bei den Studierendenwerken. Die Studierenden haben mit depressiven Verstimmungen zu kämpfen, mit Vereinsamungsgefühlen in der digitalen Isolation, mit Fragen nach der Sinnhaftigkeit eines solchen Studiums, oder mit Ängsten vor Verschuldung.

Ein Beispiel aus der Praxis: Aufgrund des enormen Andrangs der Studierenden erhöht sich die Wartezeit in der psychosozialen Beratung des Studentenwerks Leipzig von sechs Wochen auf drei Monate. Das Studentenwerk Leipzig kann derzeit noch, da der Lehrbetrieb größtenteils online stattfindet, intern Beratungskapazitäten aufstocken – dies wird aber bei einer Rückkehr zu stärkerem Präsenzlehrbetrieb nicht mehr möglich



»Es ist höchste Zeit, dass Bund und Länder nun auch gemeinsam die psychosozialen Pandemiefolgen für die Studierenden abmildern«

sein; es drohen dann noch längere Wartezeiten und eine dramatische Unterversorgung mit psychosozialer Beratung „nach der Pandemie“. Diese pandemiebedingten Belastungen werden uns die nächsten Jahre begleiten.

Für mich ist klar: Die Studierenden brauchen neben einer klaren Test- und Impfstrategie sowie einer Öffnungsperspektive für das Wintersemester 2021/2022 nun dringend auch erweiterte Unterstützungs- und Beratungsangebote von Hochschulen und Studierendenwerken, um pandemiebedingten Lernrückständen und psychosozialen Belastungen wirksam begegnen zu können

Das erst vor Kurzem aufgelegte Bund-Länder-„Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 ist aus meiner Sicht geradezu eine Blaupause für ein solches Bund-Länder-Aktionsprogramm für die Studierenden! Wenn Bund und Länder Finanzmittel für Schülerinnen und Schüler bereitstellen, müssen sie ein solches Programm auch für die Studierenden auflegen.

Als Finanzwissenschaftler und Ökonom mag ich mir die sozialen Folgekosten nicht einmal vorstellen, die entstehen, wenn so ein Aktionsprogramm unterlassen würde. Das käme uns viel teurer zu stehen, als jetzt gemeinsam zu handeln.

Es ist höchste Zeit, dass Bund und Länder sich nun endlich auch in einer gemeinsamen Anstrengung den Studierenden zuwenden. Sie brauchen das, und sie haben es verdient.

Ihr

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep  
Präsident des Deutschen Studentenwerks  
» [rolf-dieter.postlep@studentenwerke.de](mailto:rolf-dieter.postlep@studentenwerke.de)

© Jorn van Eck, Den Haag, 2013

© Amnesty International, London, 1996

© Amnesty International, Stockholm, 1992

© Amnesty International / Jens Liebchen, Berlin, 2009



# MIT MENSCHLICHKEIT FÜR MENSCHENRECHTE



Täglich werden überall auf der Welt Menschen bedroht, schikaniert, willkürlich festgenommen oder gefoltert. Nur weil sie für ihre Rechte oder die anderer kämpfen. Seit 60 Jahren steht Amnesty International an der Seite dieser mutigen Menschen, macht ihre Fälle öffentlich und lässt nicht locker!

Zeige deine Menschlichkeit: Unterstütze unsere Arbeit für die Menschenrechte mit deiner Unterschrift, deinem Einsatz und deiner Spende. [amnesty.de](http://amnesty.de)



Um politisch und finanziell unabhängig zu bleiben, nimmt Amnesty keine staatlichen Mittel an.

**DEINE SPENDE FÜR  
DIE MENSCHENRECHTE**

IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00  
[amnesty.de/spende](http://amnesty.de/spende)

# eine für alle

# Die neue, integrierte

# Studierendenbefragung

## eine für alle ...

... ist die wichtigste und größte Studierendenbefragung in Deutschland.

... führt traditionsreiche Untersuchungsreihen fort:  
„die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks“ (seit 1951),  
„Studierendensurvey“ (seit 1982),  
„EUROSTUDENT“ (seit 2000) und  
„beeinträchtigt studieren“ (seit 2006).

... ist ein zentraler Bestandteil des Bildungsmonitorings in Deutschland; die Daten ergänzen die amtliche Statistik mit Informationen, die keine andere Quelle bietet.

... liefert der Wissenschaft, aber auch Hochschulen und Studierendenwerken eine empirische Grundlage für Beratungs- und Forschungszwecke.

